

Großeinsätze, Kürzungspläne, höhere Arbeitsbelastung - die Polizei steht vor einem schwierigen Jahr -

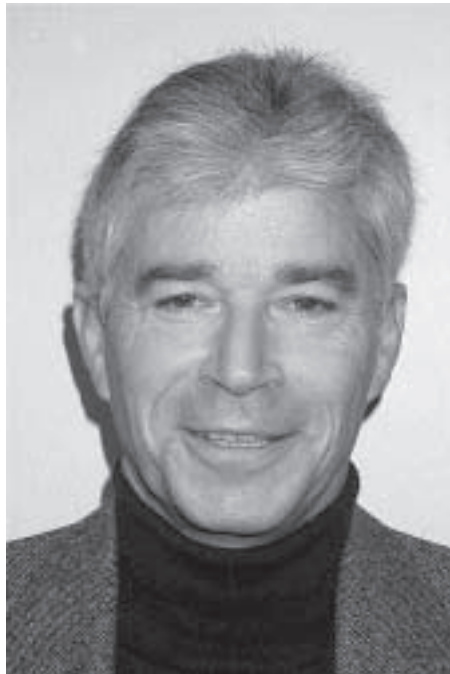
Wolfgang Speck, Erster Stv. Bundesvorsitzender

Der Castor ist wieder durch unser Land gerollt, und das alljährliche Ritual der Atomkraftgener, sich medienwirksam dagegen zu stellen, fand eine Neuauflage. Den Kopf hinhalten, um die Zugstrecke freizuhalten, mussten wie immer Polizisten aus ganz Deutschland. Der länderübergreifende Einsatz im Wendland hat sich zu einer feststehenden Größe im Jahreskalender ausgewachsen. Und ein Ende ist noch lange nicht in Sicht!

Dabei geht es, so scheint es, schon lange nicht mehr nur um einen friedlichen Protest gegen die Atomkraft, sondern immer mehr auch um eine gezielte Demütigung unserer Kolleginnen und Kollegen. Beim letzten Castoreinsatz mussten sich Polizisten mit Mist bewerfen lassen. Später hieß es abmildernd von Atomkraftgegnern: „Es war doch nur Heu.“

Ob Mist oder Heu – fest steht, die Polizei in Deutschland wird mehr und mehr benutzt, um für fehlgeschlagene Politik gerade zu stehen. Das Dilemma ist – sie wird von zwei Seiten in die Zange genommen. Zum einen von solchen Protestierern, wie wir sie bei Castortransporten erleben, die ihre ganze Wut an einem Symbol der Staatsmacht auslassen wollen. Zum anderen werden die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land von den Politikern selbst ins Visier genommen. Immer neue Belastungen und Kürzungen bei der Vergütung und Ausstattung gehen an die Substanz und schwächen die Motivation ungemain.

Um unser berufliches Selbstverständnis vorweg zu nehmen. Wir stellen 100% unserer Arbeitskraft in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger. Ihnen sind wir verpflichtet. Auf unsere professionelle Sicherheitsarbeit können sie sich auch in Zukunft verlassen. Nur, es macht mittlerweile aber absolut keinen Spaß mehr, Beamter zu sein – und auch Polizisten sind Beamte! Die viel beschworenen Beamten-Privilegien beschränken sich nahezu ausschließlich auf den „sicheren Arbeitsplatz“. Wobei hier aber die Frage er-



laubt sein darf, wie sicher ist unser Arbeitsplatz im täglichen Dienst und bei den unzähligen Demonstrationen denn wirklich?

Die von der bankrotten Berliner Regierung ins Spiel gebrachte „Öffnungsklausel“ für Gehaltskürzungen von insgesamt bis zu 18% ist nie und nimmer hinnehmbar und verkraftbar. So disponibel sind auch die „Haushalte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ nicht. Diese Forderung ist aber symptomatisch dafür, wie sich Politiker aller Parteien ungeniert den Zugriff auf unsere Geldbeutel sichern wollen, um ihre chronisch leeren Kassen füllen zu können.

Es geht bei den beschriebenen Zuständen jedoch nicht nur um tätliche Angriffe gegen Kolleginnen und Kollegen oder um Einbußen im Einkommensbereich, die sich in Euro und Cent ausdrücken lassen. Nein, es geht zwischenzeitlich um das Ansehen der Berufsgruppe Polizei schlechthin! In einer kürzlich durchgeführten Meinungsumfrage in Deutschland lag die Polizei absolut vorn als die Institution, in die die Deutschen das meiste Vertrauen haben. Noch vor der UNO und unserem Rechtssystem. Das ist ein hohes Gut, das nicht leichtfertig verspielt werden darf! Vertrau-

en zu erwerben ist ein langwieriger Prozess, der harte Arbeit erfordert. Diese Arbeit haben wir geliefert in den letzten Jahren. Was wir jedoch zurückbekommen sind Kürzungsdebatten, eine schlechter werdende Ausstattung und immer höhere Arbeitsbelastungen. Bund und Länder mit unterschiedlichen parteipolitischen Farben schieben sich dabei den „Schwarzen Peter“ gegenseitig zu. Leidtragende sind wieder einmal die Beamten

Unter diesen Umständen habe ich immer mehr Zweifel, ob wir als Polizisten zukünftig noch gleich bleibend gute Leistungen bringen können, wenn wir nicht mehr in der Lage sind, uns ganz auf die Arbeit zu konzentrieren; denn die Sorge darum, wie die eigene Familie durchgebracht werden kann, gewinnt immer mehr an Gewicht..

Unser diesjähriger Bundeskongress in Nürnberg steht unter dem Motto „Sicherheit nach Kassenlage“. Das trifft wohl den Nagel auf den Kopf. Für die DPoIG wird es in den kommenden Wochen und Monaten genügend Anlässe geben, sich lautstark zu Wort zu melden. Die DPoIG-Demonstration am 11. November 2002 in Hannover vor dem CDU-Bundesparteitag und die starke Beteiligung unserer Kolleginnen und Kollegen an der dbb-Protestkundgebung am 14. Dezember in Berlin zeigte bereits die deutliche Geschlossenheit unserer Mitglieder, wenn es ans „Eingemachte“ geht.

Ohne Hellseher zu sein, prophezeie ich zukünftig eine starke Zunahme unserer Proteste.

Aber: Machen wir uns nichts vor. Es wird kein leichter Weg werden; denn die Scharfmacher in der Politik haben derzeit die Oberhand. Sie werden ihre ganze politische Macht gegen uns, die Polizei, den öffentlichen Dienst, einsetzen, um uns ihren Willen aufzuzwingen.

Trotz dieser eher düsteren Aussichten oder vielleicht gerade deshalb wünsche ich Ihnen und ihren Angehörigen ein glückliches und gesundes Jahr 2003!



POLIZEISPIEGEL

Fachorgan der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DBB

37. Jahrgang

Herausgeber:

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im DBB
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 47 37 81 23/24, Telefax: (0 30) 47 37 81 25
E-mail: dpolg-bund@t-online.de

Bundesredaktion

Chefredakteur:
Hermann-J. Friederich
Meiendorfer Weg 46, 22145 Hamburg
Telefon (0 40) 60 44 10 20, Telefax (0 40) 60 44 10 60
E-mail: Polizeispiegel@HHFriederich.de

Redaktion Tarifteil:

Gerhard Vieth
Birkenstraße 12, 47198 Duisburg
Telefon (0 20 66) 2 80 98

Redaktion Fachteil:

Werner Kösters
Linckensstraße 55, 48165 Münster
Telefon (0 25 01) 1 34 97

Landesredaktionen:

Baden-Württemberg: ISSN 0723-1830
Otmар Wolf

Bayern: ISSN 0723-2209
Hermann Vogelsgang, Peter Hilpert, Manfred Dallinger

Berlin: ISSN 0723-1814
Eduard Riese

Brandenburg: ISSN 0945-0521
Thomas Schmidt

Bremen: ISSN 0937-4841
Thomas Folz

Hamburg: ISSN 0723-2230
Hermann-J. Friederich

Hessen: ISSN 0937-4884
Roland Metz

Mecklenburg-Vorpommern: ISSN 0345-0521
Torsten Matz

Niedersachsen: ISSN 0937-485X
Henning Stille

Nordrhein-Westfalen: ISSN 0723-1822
Harald Thiemann

Rheinland-Pfalz: ISSN 0937-4876
Günter Ucharim

Saarland: ISSN 0937-4876
Willi Kummer

Sachsen: ISSN 0815-0513
Reinhard Gärtner

Sachsen-Anhalt: ISSN 0945-0521
Cornelia Stumpf

Schleswig-Holstein: ISSN 0937-4841
Kurt Müller

Thüringen: ISSN 0945-0513
Ines Brattfisch

Fachverband Bundespolizei: ISSN 0943-9463
Hans-Joachim Zastrow

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Vertragsverlag der DPoIG



Schwelmer Straße 156, 42389 Wuppertal
Tel. (02 02) 5 26 00-0, Telefax (02 02) 5 26 00 30
E-Mail: info@medias-schroeter.de
Internet: www.medias-schroeter.de

Geschäftsführer: Annegret Schröter
Hans-Werner Schröter
Ulrich K. Berggrath

Anzeigen-Koordination: Susanne Kleffmann

Produktion: Christiane Berggrath

Druck und Verarbeitung:
Zimmermann Druck und Verlag GmbH, Widukindplatz 2
58802 Balve, Telefon: (0 23 75) 8 99-0

Die Zeitschrift POLIZEISPIEGEL ist der IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.) angeschlossen.



Leitartikel

1

Wolfgang Speck, Erster stv. Bundesvorsitzender
Die Polizei steht vor einem sehr schwierigem Jahr!

DPoIG Bundespolitik

3

Die Schraube ist überdreht! DBB und DPoIG
demonstrieren in Berlin gegen ungerechte Kürzungen
Fußball WM 2006: Symposium in Berlin

Ortstermin

4

Castor: Wer schützt uns Polizeibeamte
gegen die Verletzung unserer Menschenwürde?

Visionen im 21. Jahrhundert

6

Politiker beschreiben die polizeiliche Zukunft

Junge Polizei

8

Appell und Nachhilfe für Politiker

Arbeitsplatzbörse

9

Kontakte

10

Tarifforum

11

Rückfall in alte Zeiten –
Arbeitgeber halten an ihren Ritualen fest

Fachteil

13

Wirtschaftskriminalität und Korruption
Die Rechtsgrundlagen des Wegerechts im Spiegel der Rechtsprechung - Teil 2 -
Verwendung auch unbekannter nationalsozialistischer Kennzeichen strafbar

Fotos in dieser Ausgabe:
AP, Friederich, DPoIG, Kummer, Riese

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine
Beilage für Abonnementwerbung für
die Zeitschrift „Handbuch für den
Vorgesetzten“, Bonn
(Postvertriebskennzeichen
G 13944) bei.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Einzelheft 3,90 €, Abo-Preise 38 € incl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Auslands-Abo-Preis 46 € zzgl. Versandkosten. Für die Mitglieder der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Manuskripte und Bilder, die unverlangt eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND oder der Redaktion dar. Erscheinungsweise monatlich, Doppelausgabe Heft 7/8.

Titelbild:

Das Bild ging um die Welt und zeugt von der Selbstdisziplin deutscher Polizeibeamter.

In Gorleben bewarfen angebliche Demonstranten die Polizeikräfte mit Dreck, Silage und Heu. Viele fragten, ob die grundgesetzlich geschützte Demonstrationsfreiheit höher zu bewerten ist als das im Artikel 1 unserer Verfassung dokumentierte Grundrecht auf Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Die Antwort steht für die Polizei noch aus.

Foto: AP-Bildarchiv

dbb Demo am 14. Dezember 2002 in Berlin: „Es reicht!“

Geplante Öffnungsklauseln, mit denen die bundeseinheitliche Besoldung der Beamten zerschlagen werden soll, und der ergebnislose Verlauf der ersten Tarifrunde DPoIG und dbb sind gemeinsam mit den übrigen Mitgliedsgewerkschaften nicht länger bereit, derartige Ungerechtigkeiten gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hinzunehmen. Der DBB hatte für den 14. Dezember 2002 zu einer großen und kraftvollen Demonstration in die Bundeshauptstadt Berlin aufgerufen. Tausende von der Politik enttäuschte und frustrierte Kolleginnen und Kollegen der DPoIG folgten dem Aufruf und zogen in Uniform durch das Regierungsviertel.

„Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Schnauze voll...“, hieß es im aktuellen Flugblatt, das die Stimmung in knappen Worten anprangert.

Die berechtigten Argumente für unseren entschiedenen Protest reichen von den geplanten Ungerechtigkeiten gegen die Beamten bis hin zur unklaren Situation der tariflich Beschäftigten in der aktuellen Einkommensrunde.

Der Polizeispiegel wird in seiner Februar-Ausgabe ausführlich berichten. Wegen des frühen vorweihnachtlichen Redaktionsschlusses dieser Ausgabe ist es leider nicht vermeidlich.

Die Schraube ist überdreht

Nach den enormen Einsparungen im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren ist die „Schraube überdreht“. Das hat dbb Chef Erhard Geyer in einem Interview mit den Neuen Westfälischen Nachrichten festgestellt.

Wenn Bundesfinanzminister Hans Eichel trotzdem von einem zusätzlichen Betrag von 200 Millionen Euro spreche, sei das nur noch durch Personaleinsparungen möglich. „Dann muss man aber dem Bürger auch sagen, auf welche staatliche Leistung er künftig verzichten soll,“ so Geyer.

An die öffentlichen Arbeitgeber appellierte der dbb Bundesvorsitzende, in der aktuellen Tarifrunde endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen und sich nicht wieder in Blockadehaltung zu üben. Andernfalls müsse mit Streiks gerechnet werden. „Daran werden wir als dbb beamtenbund und tarifunion selbstverständlich teilnehmen und an empfindlichen Stellen in den Ausstand treten. Zum Beispiel bei der Feuerwehr oder bei den Straßenwärtern an den Autobahnen und Bundesstraßen, um nur zwei Bereiche zu nennen. Dort können wir sehr wirkungsvoll streiken.“

Allein beim Bund wurden bereits 35 Milliarden gespart

gen mit einem Gesamtvolumen von 35 Milliarden Euro.“

Der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis warf Heesen in der Talkshow vor, jetzt mit der geplanten Öffnungsklausel für die Beamtenbesoldung eine neue Sparlawine loszutreten zu wollen. Heesen: „Gerade für die Kollegen in den unteren Besoldungsgruppen wäre die damit mögliche Kürzung ihrer Jahreseinkommen um bis zu 18 Prozent eine leistungsfeindliche Zumutung.“

Kürzung des Weihnachtsgeldes ist nicht akzeptabel!

dbb Chef Geyer hat in aller Form deutlich gemacht, dass eine Kürzung des Weihnachtsgeldes mit dem dbb nicht zu machen ist. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben über 30 Monate auf eine Anhebung ihre Bezüge verzichten müssen, sagte Geyer im ZDF-„Morgenmagazin“.

„Es gibt keinen Spielraum mehr im öffentlichen Dienst“, verdeutlichte Geyer seinen Standpunkt. Auch könnten „die hausgemachten Probleme der Bundesregierung nicht auf den Schultern des öffentlichen Dienstes ausgetragen werden“. Große Teile der Beschäftigten zeigten sich zunehmend frustriert und enttäuscht vom Regierungshandeln.



Erhard Geyer

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat in der ARD-Talkshow „Sabine Christiansen“ am 1. Dezember 2002 weitere Sonderopfer für den öffentlichen Dienst abgelehnt.

Was immer wieder schnell vergessen wird: Seit 1991 sind immer neue Kürzungslawinen über Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes hinweggegangen. Allein für den Bund ergeben sich daraus Einsparun-



Peter Heesen

Castor 2002

Gut, dass wir auch anders können!

- eine Nachlese von Kirsten Lühmann, Polizeibeamtin in Niedersachsen

Nun war es wieder einmal so weit – wie jedes Jahr trafen sich im Wendland tausende Polizeibeschäftigte aus dem ganzen Bundesgebiet. Es waren nicht ganz so viele, wie noch im November 2001, daher konnte die drangvolle Enge in den Unterkünften ein wenig gemildert werde: 3 Personen in einem Wohncontainer und max. 6 Personen in einem Schlafsaal in einer Festunterkunft. Außerdem wurde der Komfort verbessert:

Aufgrund der massiven und konstruktiven Kritik insbesondere der DPoIG wurden u.a. in der Liegenschaft Lüchow feste Unterkünfte in Leichtbauweise errichtet. Zwar ist das Platzangebot nicht größer als in den Wohncontainern, jedoch sind in den Gebäuden ausreichend sanitäre Einrichtungen vorhanden, sodass der Gang über den Hof zur Toilette für diese Einsatzkräfte entfällt – angesichts des trüben Novemberwetters im Wendland ein nicht zu un-



Wolfgang Speck im Interview: Deutliche Worte zu den unwürdigen Ausfällen gegenüber unseren Kollegen

terschätzender Vorteil.

Auch in diesem Jahr vergewisserte sich die DPoIG vor Bezug der Unterkünfte davon, dass die bundesweit geltenden Mindeststandards eingehalten wurden, aufgrund der hygienischen Probleme

beim letzten Einsatz waren auch die sanitären Anlagen rechtzeitig auf gesundheitliche Unbedenklichkeit getestet worden.

Doch kein Castor ohne Pannen:

Kolleginnen und Kollegen des BGS mussten kurzfristig aus ihren Unterkünften in Gifhorn ausziehen und wurden in dem ehemaligen Bundeswehrbarackenlager Aehra-Lessin untergebracht. Die hygienischen Zustände dort spotteten jeder Beschreibung – zur Einsatzleitung war dies wieder einmal nicht durchgedrungen. Der Vorsitzende des Fachverbandes Bundespolizei, Kollege Hans-Joachim Zastrow, überzeugte sich persönlich vor Ort von den unhaltbaren Zuständen und intervenierte, inner-

halb von 24 Stunden konnten einigermaßen erträgliche Bedingungen für die Betroffenen hergestellt werden.

Und der Einsatz selbst?

Nach der nachlassenden Zahl von Demonstrationsteilnehmern und – teilnehmerinnen im November 2001 waren alle gespannt, was uns diesmal erwartete. Es waren zum größten Teil die Anwohnerinnen und Anwohner des Wendlandes, die diese Jahr ihren Protest auf die Straße brachten, lediglich ein Zeltlager nahm angereiste Atomkraftgegner auf. Die geringere Masse hinderte die Protestler jedoch nicht daran, die Polizei ausreichend zu

beschäftigen. Viele, phantasievolle Kleinaktionen (Gründung der Dörfer Neu Sagrotan, Neu Lüchow pp, Laternenumzüge und Fußballspiele) banden immer wieder erheblich Polizeikräfte. Dabei wurde bewusst das Demonstrationsverbot auf und 50 m neben der Transportstrecke missachtet und versucht, Polizeikräfte z.B. durch sanftes Schieben zu provozieren. Die Kolleginnen und Kollegen blieben jedoch bewundernswert gelassen, so dass die Leitlinie des Gesamteinsatzleiters umgesetzt werden konnte: Es sollte das Demonstrationsverbot durchgesetzt werden, über die Art und Weise jedoch entschied der Einsatzführer vor Ort nach Verhältnismäßigkeitsgrundsätzen. So kam es zwar an einigen Orten zu Härte- tests für Kräfte in Polizeiketten (zwei Stunden von extra dafür eingeteilten Demonstranten mit immer den gleichen ideologischen Thesen überschüttet zu werden und dabei freundlich aber bestimmt zu bleiben fordert erheblich!) jedoch konnten alle Blockaden und verbotene Demonstrationen durch Verhandlungen mit den Veranstaltern friedlich beendet werden. Dabei zeigte sich, dass sich inzwischen auch Einsatzführer und die Führer des Protestes im Wendland seit vielen Einsätzen kennen, eine gewisse Vertrauensbasis ist gegeben.

Hiervon konnte sich der 1. stellvertretende Bundesvorsitzende Wolfgang Speck vor Ort bei einer Blockade in Gusborn überzeugen. Deutliche Worte zu den Belastungen der Einsatzkräfte machten ihn auch bei den zahlreichen Pressevertretern zu einem gerngesehenen Gesprächspartner.

Dieses Jahr war erstmals die Stadt Lüneburg ein weiteres Zentrum des Protestes. Durch

Fußball WM 2006

Internationales Symposium in Berlin

Im Oktober 2002 fand auf Einladung des Bundesministeriums des Innern in Berlin ein „Internationales Symposium WM 2006“ statt. Bis zum Beginn der dann in Deutschland stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft waren es zu diesem Zeitpunkt noch ganze 1332 Tage bzw. 190 Wochen.

Rund 100 Experten aus elf Ländern tauschten während der Konferenz ihre Erfahrungen und Konzepte als Gastgeberländer von Sport-Großveranstaltungen aus. Für die DPoIG diskutierte Bundesvorsitzender Gerhard Vogler.

Schwerpunkt der Konferenz war das Thema Sicherheit. Erörtert wurden unter anderem nationale Sicherheitskonzepte, Konzepte zur Fan-Betreuung, der Einsatz freiwilliger Helfer, die internationale Zusammenarbeit sowie mögliche Problemfelder vor, während und nach den Großveranstaltungen.

„Die WM 2006 muss sicher, friedlich und fair ablaufen. Dafür werden wir auf die Erfahrungen der bisherigen Gastgeberländer zurückgreifen,“ so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, zum Auf-

takt der Konferenz. „Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 soll ein fröhliches und unvergessliches Fest der völkerverbindenden Freundschaft und des sportlichen Fairplay werden. Deshalb haben wir mit den Planungen frühzeitig begonnen und werden unsere Konzepte langfristig ausrichten. Das trifft vor allem für das Thema Sicherheit zu.“

Eine Projektgruppe WM 2006 im Bundesinnenministerium koordiniert ressortübergreifend alle Aktivitäten im Bereich von 18 staatlichen Handlungsfeldern, wie z.B. der

Fortsetzung auf Seite 7

Castor 2002

Straßenblockaden insbesondere während des Berufsverkehrs wollten die Demonstranten auf ihr Anliegen aufmerksam machen. Hier mischten sich zum ersten Mal aggressivere, dunkel gekleidete Personen in die Masse und versuchten, mit Gewalt Polizeiabsperungen zu durchbrechen. Jedoch konnten diese Kräfte von dem Rest der Demonstranten getrennt und somit weitgehend wirkungslos gestellt werden.

Leider zogen diese Personen dann weiter in die Stadt Hitzacker und mischten sich unter einen bis dahin friedlichen Festschlagszug. Hier kam es dann auch zu einem verletzten Kollegen (Fingerbiss) und diversen beschädigten Polizeifahrzeugen.

Trotz des erneuten Abdrängens dieser gewaltbereiten Masse kam es zu der „Heuattacke“, die auch mit Bildern durch die Presse ging. Es war jedoch nicht wie von den Castorgegnern behauptet ausschließlich Heu, der auf die Einsatzkräfte regnete, auch stinkende Silagereste und ausgerissenen Grasbüschel mit Kiesanhaftungen wurden gegen Kollegen und Kolleginnen geworfen, jeder Treffer johlend bejubelt. Leider konnte mal wieder eine kleine Gruppe Chaoten eine Masse radikalisieren. Traurig, dass selbst Kinder sich keine Gedanken über ihr Tun machten und fröhlich Polizisten bewarfen – augenscheinlich ohne jedes Unrechtsbewusstsein.

Auch die menschenverachtende Blockade einer Bahnstrecke und der dadurch erforderliche Nothalt eines ICE waren augenscheinlich wieder von „reisenden Aktivisten“ durchgeführt worden.

Ebenso trafen die ausgelegten Hackenkrallen auf der Fahrbahn vor der Unterkunft in Lüchow Unbeteiligte – neben Polizeifahrzeugen war nämlich auch ein Bürger betroffen, der einfach nur nach Hause fahren wollte!

Der Castortransport selbst verlief weitgehend störungsfrei, Aktivisten wurden von den Kräften des BGS rechtzeitig entdeckt oder in maximal 30 Minuten von den Gleisen verbracht.

Die Straßentransportstrecke war weiterhin Ziel der wendländischen Protestler. Nach einem Fußballspiel – als Sportveranstaltung unterlag dieses nicht dem Demonstrationsverbot – drohten 40 Traktoren auf die Transportstrecke zu gelangen. In einer schlagartigen Aktion wurde ihnen aus allen Reifen die Luft abgelassen, ohne dass dabei auch nur ein Trecker beschädigt wurde. Die Demonstranten zogen daraufhin friedlich ab, nachdem sie bei den Konfliktmanagern der Polizei ihren Frust abgelassen hatten. Und durch die begleitende polizeiliche Pressearbeit brachten die Medien nur positive Berichte auch über diese Zwangsmaßnahmen. Das Fußballspiel ging übrigens 6:4 nach Elfmeterschießen für die Bäuerliche Notgemeinschaft aus, verloren hatte die Bürgerinitiative.

In der Nacht vor dem Transport zog das polizeiliche Gegenüber noch einmal alle Kräfte in Lasse zusammen und stürmte mit 1200 Personen die Transportstrecke. Nachdem 500 Menschen freiwillig die Straße wieder verließen, wurden 700 Personen von dem Transportweg geräumt und auf einem angrenzenden Acker mit einer einschließenden Umstellung festgehalten, bis der Castorzug Lasse passiert hatte.

Hier zeigte sich der einer ausreichenden Anzahl an Polizeikräften, die räumenden Kolleginnen und Kollegen konnten mehrfach ersetzt werden, die gesamte Aktion verlief zügig und ruhig ab. Die einzigen, die in dieser Nacht unzufrieden waren, waren die Kameraleute der Medien, die seit Tagen auf prügelnde Polizisten hofften und auch bei dieser letzten Aktion enttäuscht wurden.

Und das Fazit?

Zum ersten Mal wurden 12 Castorbehälter mit einem einzigen Transport auf Schiene und Straße in das Zwischenlager gebracht. Aufgrund des hohen Kräfteansatzes konnte der Schienentransport weitgehend und der Straßentransport völlig störungsfrei durchgeführt werden. Durch die besonnene Einsatztaktik und die motivierten und gelassenen Einsatzkräfte kam es zu weniger Verletzten (leider kamen drei Kollegen bei einem Verkehrsunfall zwischen Polizeifahrzeugen zu Schaden) getreu dem diesjährigen Motto der Polizei: Konflikte minimieren – Verletzte reduzieren.

Von dieser Stelle dafür einen herzlichen Dank an alle Eingesetzten Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet!



Festung Bahnhof Hitzacker: Die Kolleginnen und Kollegen des BGS hatten den Bahnhof fest im Griff

Visionen:

Politiker beschreiben die Polizei der Zukunft

Prolog

Anlässlich der Konferenz der Polizeispiegelredakteure im Herbst 2002 als Idee geboren, bat der Chefredakteur im Oktober insgesamt 6 Kolleginnen und Kollegen, doch einmal ihre eigene Vision einer zukünftigen Polizei zu beschreiben. Bewusst wurde die Bitte nicht an unsere

Bundes- oder Landesvorsitzenden gerichtet, sondern eine Kollegin und fünf Kollegen um ihre Position gebeten, die im täglichen Polizeidienst entweder Verantwortung für die praktische Arbeit oder als Vorsitzende großer Personalräte tragen. Es gab nur eine Vorgabe, der Beitrag musste kurz und knapp sein,

maximal 1600 Buchstaben durfte die Position umfassen. Das Ergebnis, so meine ich, kann sich sehen lassen. Sie liebe Leserinnen und Leser, konnten es in der letzten Ausgabe des Jahres 2002 nachlesen und so mancher hat sich bestimmt die Frage gestellt, was hätte ich wohl aufgeschrieben.

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin,

Die Arbeit der Polizei bleibt ein wichtiger Beitrag für unser Gemeinwesen

Die Polizei der Zukunft ist eine Bürgerpolizei. Sie steht mitten in der Gesellschaft und versteht sich als Sicherheitspartner der Bürgerinnen und Bürger.

Polizisten verrichten einen anspruchsvollen Beruf. Prävention, Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen verlangen ihnen Mut und hohen persönlichen Einsatz ab. Durch kompetentes, freundliches und zugleich bestimmtes Auftreten gewährleisten sie den Schutz des Einzelnen und vermitteln zugleich den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Sicherheit.

Modernisierung und Internationalisierung sind für die Polizei schon heute große Her-

ausforderungen. Der Polizist der Zukunft nutzt moderne Kommunikationstechnik, ist weltoffen und beherrscht auch die eine oder andere Fremdsprache.

Die wichtigsten Gesetze unserer Nachbarländer zu kennen, wird für den Polizisten der Zukunft im zusammenwachsenden Europa nicht nur ein Vorteil sein, es wird zur Voraussetzung für seinen Dienst.

Die Polizei hat auch künftig große Aufgaben zu bewältigen. Ihre Arbeit ist und bleibt ein wichtiger Beitrag zum Funktionieren unseres Gemeinwesens, sie verdient und findet öffentliche Anerkennung und Unterstützung.



Ole von Beust, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Polizei muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und eine Grundvoraussetzung für das friedliche Zusammenleben in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Beamtinnen und Beamten der Polizei sind nicht nur „Freund und Helfer“, sondern vor allem die Garanten für die Innere Sicherheit. Für ihre schwierigen Pflichten gebührt ihnen Dank und unser aller Anerkennung.

Der Hamburger Senat hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Stellenwert sowie die Attraktivität des Polizeiberufs wieder deutlich zu machen. Die Polizeiorganisation wird dafür effektiv und effizient für die Aufgaben der Zukunft gestaltet. Dazu zählen leistungsgerechte Bezahlung, eine moderne Laufbahnstruktur, aufgabenorientierte Aus- und Fortbildung, optimale Organisationsstrukturen, eine den Anforderungen gerechte personelle, rechtliche und logisti-

sche Ausstattung sowie intensive Nachwuchsarbeit.

Die Polizei muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und von möglichst vielen, nicht unmittelbar sicherheitsrelevanten Aufgaben entlastet werden. Das beinhaltet eine verstärkte Kooperation mit privaten Sicherheitsdiensten, die Stärkung der ordnungspolitischen Instrumente und Institutionen der Kommunen sowie die Einführung freiwilliger ehrenamtlicher Polizeidienste. Um der Internationalisierung der Kriminalität zu begegnen, muss die Polizeiarbeit entsprechend justiert werden.

Wie die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Polizei im Jahr 2002 bereits gezeigt hat, ist der Senat entschlossen, der Polizei zur Erfüllung ihrer Aufgaben die notwendigen Mittel bereitzustellen. Dazu sind wir den



Polizisten verpflichtet, die ihren häufig schwierigen Dienst zum Schutz und Wohl unseres demokratischen Gemeinwesens versehen.

Visionen:

Aber dieses war nur der eine Teil der Idee, denn zeitgleich ging die Bitte auch an Persönlichkeiten außerhalb der Polizei, doch einmal die eigenen Gedanken einer Polizei der Zukunft zu formulieren. Auch hier nur eine Vorgabe: Kurz und knapp, maximal 1600 Buchstaben. Die Bitte ging an vier Politiker der jüngeren Generation und an zwei Journalisten.

Bitte jetzt keine Schelte wegen möglicher Parteilichkeit. Nur drei Persönlichkeiten

antworteten. Fritz Kuhn, Vorsitzender von Bündnis 90/Grüne wurde mehrfach angeschrieben, weil das erste Anschreiben vom 26.10.02 verloren gegangen war. Es folgten mehrere fernmündliche Nachfragen und Vertröstungen, bis dann am 4.12.02 die endgültige Absage wegen Arbeitsüberlastung im Vorfeld des Bundesparteitages kam. Bei einer derartigen Überforderung kann man schon die Diskussion innerhalb der Grünen um die Trennung von Amt und Mandat verstehen.

Zur Vollständigkeit noch die Anmerkung, dass der Chef der ARD - Tagesthemen, Ulrich Wickert wegen terminlicher Probleme und der Chefredakteur des Stern, Thomas Osterkorn, aus grundsätzlicher Position umgehend um Verständnis baten, der Bitte nicht nachkommen zu wollen. Aus der Sicht der Redaktion, schade!

Unser herzlicher Dank gilt daher den drei Herren, die Position bezogen und nicht gekniffen haben.

Dr. Guido Westerwelle, Bundesvorsitzender der FDP Der Staat ist nicht der Vormund der Bürger

Liberalismus will Freiheit zur Verantwortung und nicht Freiheit von Verantwortung. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, die Werte und Normen zu vermitteln, die für den Zusammenhalt und die innere Liberalität einer Gesellschaft unerlässlich sind. Der Staat ist nicht der Vormund der Bürger, sondern deren Instrument zur Sicherung der offenen Bürgergesellschaft. Ausdruck des Rechtsstaates ist das demokratisch legitimierte, staatliche Gewaltmonopol. Ein wichtiger Baustein dieses Gewaltmonopols ist und bleibt eine leistungsfähige Polizei.

Die Aufgabenfelder der Polizei haben sich in den letzten Jahren durch das Zusammenwachsen Europas und die Bekämpfung des internationalen Terrors verändert.

Für die Polizei bedeutet dies unter anderem, dass sie verstärkt mit den Sicherheitsbehörden anderer Staaten zusammenarbeiten und neue Formen von Kriminalität bekämpfen muss.

Die Polizei benötigt zur Erfüllung dieser Aufgaben eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung. Es stärkt die Motivation der Beamten nicht, wenn Polizeipersonal zu sachfremden Aufgaben herangezogen wird oder mit veralteter Kommunikationstechnik arbeiten muss. Die FDP fordert daher seit Jahren, dass Polizei und Justiz personell sowie materiell besser ausgestattet werden.

Zur Verbesserung der Motivation, der Leistungsbereitschaft und der beruflichen Perspektiven der Polizeibeamten ist ein transparentes, funktions- und leistungsgerechtes Bezahlungssystem unerlässlich. Dazu gehören auch die Erhaltung des Beamtenstatus und die Einführung einer zweigeteilten Laufbahn.

Im Hinblick auf die Erweiterung der EU muss das Zusammenspiel der Sicherheitsbehörden verbessert werden. Die erfolgreiche Bekämpfung von Verbrechen gelingt nach Auffassung der FDP auf europäischer



Ebene durch eine Verstärkung der Verwaltungszusammenarbeit und den Ausbau von Europol.

Die FDP steht auch in Zukunft für eine leistungsfähige und motivierte Polizei. Denn nur so bekämpfen wir das bestehende Vollzugsdefizit und garantieren Freiheit in Sicherheit.

Fußball WM 2006

Fortsetzung von Seite 5

Sicherheit, der Sportpolitik, der Kultur, des Verkehrs, des Tourismus, des Umweltschutz und der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Auf Initiative der Projektgruppe werden von den verantwortlichen Ressorts der Bundesregierung in enger Abstimmung mit dem Organisationskomitee WM 2006 und den Bundesländern Konzepte und Maßnahmenkataloge erarbeitet.

Um die notwendigen Vorbereitungen und Maßnahmen aller beteiligten Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder, von Organisationen, beteiligten Bundesbehörden, des DFB, des Organisationskomitees und der im „Nationalen Ausschuss Sport und Sicherheit“ angesiedelten Einrichtung

gen zielgerichtet voranzutreiben, zu koordinieren und ein abgestimmtes Rahmenkonzept für das „Nationale Sicherheitskonzept WM 2006“ zu erstellen, hat der Bund den Vorsitz im Bund-Länder-Ausschuss WM 2006 übernommen. Diesem Ausschuss obliegt auch die Abstimmung des Nationalen Sicherheitskonzepts WM 2006 mit allen Teilnehmer-, Anrainer- und Transitstaaten. Diesem Bund-Länder-Ausschuss arbeitet eine Bund-Länder-Projektgruppe WM 2006 der Innenministerkonferenz unter der Federführung des Landes Nordrhein-Westfalen zu.

Obwohl die an der WM 2006 teilnehmenden Staaten noch nicht einmal feststehen, konzentriert die DPoIG bereits heute ihr Augenmerk auf berufsrelevante Themen,

die uns im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft beschäftigen werden, wie z.B. Urlaubssperren, Austausch „szenekundiger Beamter“ oder die polizeiliche Informationsweitergabe - mittels Digitalfunk?! Aber auch kriminalpolitische Anstrengungen werfen ihre Schatten voraus, denn wer sich nicht rechtzeitig mit Fragen der grenzüberschreitenden Kriminalität und der mit Großereignissen einher gehenden Begleitkriminalität auseinandersetzt oder gar Terrorismusgefahren unterschätzt, wird ebenso wenig auf die Meisterschaft vorbereitet sein wie der, der sich noch nie mit dem Phänomen „Hooliganismus“ beschäftigt hat oder sich nicht vorstellen kann, dass Veranstalter von Sportereignissen für Polizeieinsätze auch mal zur Kasse gebeten werden sollten.

Appell der Jungen Polizei Nachhilfe für Abgeordnete und Parteivorsitzende



Thomas Jungfer

Die Junge Polizei hat die aktuelle soziale Entwicklung sowie das von der Politik über Jahrzehnte hinweg ausgelöste Finanzdesaster der öffentlichen Haushalte ausführlich diskutiert. Nach einer Bestandsaufnahme wandte sich unsere Nachwuchsorganisation mit einem Appell an alle Abgeordneten des Bundestages und der Landtage, darüber hinaus zusätzlich auch an die Parteivorsitzenden und beschrieb Daten und Fakten, aber auch Stimmungen. Dabei unterzeichnete der Bundesvorsitzende der Jungen Polizei, Thomas Jungfer, die Schreiben an die Bundespolitiker, während die Landesvorsitzenden der Jungen Polizei ihre jeweiligen Abgeordneten angeschrieben. In diesen Schreiben heißt es:

Gegenwärtig wird aufgrund der Haushaltslagen über Einsparungen und Kürzungen bei der Besoldung der Beamten des Bundes und der Länder diskutiert und an ihnen gearbeitet. Damit wird auch die Polizei Ihres Landes, vor Ihrer Tür, in Ihrem Wahlbezirk und in Ihrem Wohngebiet betroffen sein.

Nach unserem Grundgesetz sind hoheitliche Handlungen ausschließlich durch Beamte durchzuführen. Gerade das Schützen der Grundrechte jedes einzelnen Menschen in unserer Gemeinschaft und der Gemeinschaft insgesamt ist zwangsläufig eine Aufgabe der Polizei. Polizeiarbeit ist Profiarbeit und die wird zu 100 % abverlangt. Darüber wachen die Gewalten und auch unsere Bürger kritisch.

Deshalb sind es Polizeivollzugsbeamte, die durch ihren Beamtenstatus eigene Grundrechte aufgeben oder zurückstellen und sich der Idee von loyaler, unbestechlicher nur dem Gesetz und der Rechtssprechung verpflichteter Polizeiarbeit als Dienst an der Gemeinschaft verpflichten. Der Beamtenstatus aber beruht auf einer lebenslangen wechselseitigen Treue- und Fürsorgepflicht zwischen den Beamten und den Dienstherrn.

An Beispielen möchte ich Ihnen den Widerspruch darstellen:

Der Bund und die Länder zahlen für ihre Beamtinnen und Beamten nicht in die öffent-

lichen Renten- und Krankenkassen ein. Seit 1950 sollten der Bund und die Länder für die Pensionen Rücklagen bilden. Was viele Politiker überhaupt nicht mehr wahr haben wollen, ist der Ablauf der "Besoldungsreform" 1957. Daran kann sich heute kaum noch jemand erinnern und die Mehrzahl der heutigen Polizeibeamten/innen war damals noch nicht im Dienst. In jenem Jahr wurden die vorhandenen 27 Besoldungsgruppen in acht Gruppen zusammen gefasst. Auf Bundesebene wurde damals als „Eckmann“ ein Tarifbeschäftigter mit einem Gehalt von 1000 Deutsche Mark zugrunde gelegt. Ein vergleichbarer Beamter erhielt dann sieben Prozent weniger von seinem bis dato gültigen Gehalt. Diese sieben Prozent kamen zustande, weil die Tarifbeschäftigten zu jener Zeit eine sieben - prozentigen Eigenanteil für ihre Rente einzahlten. Die zweiten sieben Prozent zahlte der Arbeitgeber Staat. Die sieben - prozentige Gehaltskürzung für Beamte/innen war ihr Beitrag für ihre Pension.

Alle späteren Gehaltserhöhungen wurden nämlich auf dieser niedrigeren Basis vorgenommen. Auf diese Weise haben die Beamten/innen im Laufe der vergangenen 44 Jahre dem Staat schon viele Milliarden Markerspart, denn der Bund und die Länder haben das so ersparte Geld nie in eine Pensionskasse eingezahlt. Auch den beim Tarifpersonal zwangsläufigen Arbeitgeberanteil von damals ebenfalls sieben Prozent wurde für Beamte/innen nie einbezahlt oder eine entsprechende Rücklage gebildet. Hätten die öffentlichen Dienstherrn dieses Geld zurückgelegt, bestünde heute keine Not und sie müsste nicht schon wieder ein Pensionssonderopfer von den Beamten/innen fordern.

Als die Zahl der Pensionäre in den letzten Jahren zunahm, wurde den Beamten ein Sonderopfer von 0.2 % für eine jetzt plötzlich eingeführte Rücklage abverlangt. Bereits vorher waren die Erhöhungen der Beamtengehälter 1992 um 2 Monate, 1993 um 4 Monate, 1994 um 3 bzw. 4 Monate und 1997 um 2 bzw. 6 Monate im Verhältnis zu den Tarifbeschäftigten hinausgeschoben worden. Bereits diese Sonderopfer erbrachten 4,4 Mrd. DM. Schließlich wurde im Jahre 1992 das Versorgungsrecht geändert und die Ruhegehaltsskala gestreckt.

Mit dem Dienstrechtsreformgesetz 1997 wurden die Gehaltstabellen erneut, jetzt um 12 Jahre gestreckt. Die dabei ersparten Finanzmittel sollten den Beamtinnen und -beamten als Leistungsanreiz zufließen.

Die meisten Länder haben diese Leistungsprämien aber nicht eingeführt und das Geld anderweitig verplant.

Der Leistungswille besteht auf Seiten der Polizei uneingeschränkt. Ob bei Hochwasser, bei Einsätzen wegen BSE, nach dem 11. September, bei Plünderungen zu den Maikrawallen in Berlin, bei Aufmärschen und Demonstrationen, in Gorleben, bei Wind und Wetter ist sie rund um die Uhr im Einsatz. Dass dieses durch die Bevölkerung anerkannt wird, zeigen die regelmäßigen Umfragen der Meinungsforschungsinstitute.

Einige weitere Meilensteine:

- Die 38.5 Stundenwoche wurde im öffentlichen Dienst schrittweise nach einem Verzicht auf insgesamt 7% des Gehaltes eingeführt. Jetzt wird in den meisten Ländern wieder zur 40-Stunden-Woche zurückgekehrt.
- Die Polizeizulage wurde eingefroren und ist nicht mehr ruhegehaltfähig.
- Das Ruhegehalt wurde von 75 % auf 71,5 % abgesenkt.
- Ein schleichender Personalabbau bei steigender Zahl der Einsatzlagen hat einen Überstundenberg entstehen lassen. Für eine finanzielle Vergütung der Überstunden fehlt in den meisten Ländern das Geld. Freizeitausgleich statt Bezahlung kann wegen der prekären Personallage im Interesse der Einsatzfähigkeit auch nur selten gewährt werden.
- Jetzt wird über eine Öffnungsklausel nachgedacht. Die Gehälter der Beamtinnen und Beamten sollen je nach Finanzlage ihres Landes mehr oder weniger hoch ausfallen. Wenn z.B. in Gorleben Beamte aus verschiedenen Ländern zusammenarbeiten, werden sie für gleiche Arbeit nicht mehr gleich entlohnt (alimentiert). Wenn zwei zu Schaden kommen, kann sogar die Versorgung ungleich ausfallen.
- Die angeblichen, aber der Öffentlichkeit immer wieder suggerierten Privilegien der Beamten haben sich mittlerweile auf die „Unkündbarkeit“ reduziert.

Ich wende mich an Sie, weil Sie mit Ihrer Stimme und in Ihrer politischen Funktion uns, - Ihrer Polizei – helfen können. Ihr Wort und Ihre Stimme zählen in Ihrer Fraktion und in Ihrer Partei. Gern bin ich bereit, Sie hierbei mit Argumenten zu unterstützen und stehe für Gespräche bereit.

Thomas Jungfer,
Bundesvorsitzender der Jungen Polizei

Arbeitsplatzbörse

Die DPoIG unterstützt in dieser Rubrik die Bemühungen aller Kolleginnen und Kollegen zum Wechsel in ein anderes Bundesland. Die Veröffentlichung ist kostenfrei. Bitte nutzen Sie für Ihre Zuschrift das Internet: e-mail: Arbeitsplatzboerse@HHFriederich.de, Redaktion Polizeispiegel, Meiendorfer Weg 46,22145 Hamburg

Nordrhein-Westfalen - Niedersachsen

PK, 30, aus Hessen (PP Frankfurt/Main) sucht TP im gehobenen Dienst aus Nordrhein Westfalen oder Niedersachsen. Telefon: 0171-4006636 oder 05225-860899; email: s.heindrichs@teleos-web.de

Bayern - Sachsen

KOK bzw. POK aus Bayern sucht ab sofort Tauschpartner aus Sachsen oder interessierte Kollegen aus anderen Bundesländern, die nach Bayern wechseln möchten (K oder S)! Tel.: D 089/36056-224, P 09292/94119 o. 0173/8407847, Email: Mirko.Pinkert@baypol.bayern.de (Pinkert)

Schleswig-Holstein – Bremen/NRW

PK aus Schleswig-Holstein sucht TP aus Bremen oder Nordrhein-Westfalen. Tel. 0471/9268797 o. 0175/2471108 (Siegel)

Sachsen - Baden-Württemberg

PM'in sucht ab sofort TP aus BW, Bereich Bad Säckingen erwünscht. Telefon: 0178-6261641 (Bartlick)

Hessen – Nordrhein-Westfalen

PK-z.A., 24 Jahre alt, in Hessen bei der II. BPA in Lich stationiert, sucht zwecks Familienzusammenführung TP aus NRW. Standort ist egal, wenn es geht, jedoch Dortmund und Umgebung! Tel: 0170 - 8359053 email: OnkelArne@gmx.de

Berlin-Brandenburg

PM'in aus Berlin sucht wegen Familienzusammenführung ab sofort TP aus Brandenburg oder interessierte Kollegen aus anderen Bundesländern, die nach Berlin wechseln möchten. Tel.:035600/23725 oder 035600/6647 E-mail: SteffenHansHof@compuserve.de

Niedersachsen - Nordrhein Westfalen

Suche einen TP (geh. Dienst, A9) aus Nordrhein Westfalen. Eine Zusage vom Land NRW liegt bereits vor. Suche für einen Ringtausch auch Kollegen aus NRW, die nach Hamburg oder

Schleswig-Holstein möchten. Email: polizeitausch@web.de; Tel.: 0170-6687577

Hamburg- Mecklenburg Vorpommern
POM aus HH, zur Zeit WSP-Lauenburg, sucht Tauschpartner aus M-V, auch Ringtausch mit Schleswig-Holstein möglich ! M.Köppen, Tel: 01608321282 oder 0381-4003601

Hamburg – Nordrhein-Westfalen

PK möchte aus persönlichen Gründen nach NRW wechseln. Tel: 01635118889, email: masega110@t-online.de (Deppenbrock)

Hamburg - Schleswig Holstein

Ich versehe meinen Dienst beim LKA 85 in HH beim Personenschutz und möchte zum nächst möglichen Zeitpunkt zur LaPo Schleswig Holstein wechseln. Tel: 04874 - 9226 oder 0171 - 790 46 32 oder per E-Mail: BLoop1@freenet.de

Hamburg – Bremen/Niedersachsen

POM aus Hamburg sucht TP aus Bremen/ Bremerhaven oder Niedersachsen! Tel.: 0172 / 923 71 73 (O. Ehm) email: oliverehm@12move.de

Hamburg - Bremen / Bremerhaven

POM,in (33 J.) der Hamburger Polizei sucht Tauschpartner aus Bremen / Bremerhaven. Tel.: 0172/7354296 (A. von Glahn) oder e - mail an CoraBeckmann@aol.com

Hamburg-Niedersachsen

PHM aus Hamburg sucht Tauschpartner aus Niedersachsen. Auch Ringtausch möglich. Tel.: 04134/910645 oder 0160/286 32 67,e-mail: jdetels@t-online.de (Detels)

Rheinland Pfalz – Saarland/Bayern

PK aus Rheinland Pfalz sucht einen TP aus dem Saarland oder Bayern. Tobias Hüther, Gaußstr. 51b 66123 Saarbrücken Tel. 0170/8006412 e-mail: SirToby1976@t-online.de

Rheinland Pfalz – Baden Württemberg

PK z.A. aus Rheinland-Pfalz (Raum PP Rheinpfalz) sucht TP des gehobenen Dienstes aus Baden-Württemberg (Raum PP Mannheim, PP

Karlsruhe) ab sofort. Tel.: 0171/8917812 email: Matellan3@aol.com

Rheinland-Pfalz - Bayern

PK z.A. aus Rheinland-Pfalz (Raum PP Rheinpfalz) sucht TP des gehobenen Dienstes aus Bayern ab sofort. Tel.: 0171/8917812, email: NunoGomes252@hotmail.com

PP Südhessen - PP Osthessen

POK'in aus Südhessen (PD Bergstraße) sucht TP(in) beim PP Osthessen. Mail per Intranet: B 586426 oder Email: Shelton@t-online.de

BKA - Bayern

Kriminaloberkommissarin des BKA (mögliche Standorte Meckenheim, Berlin, Wiesbaden) Sucht Tausch- oder Ringtauschpartner des gehobenen Kriminaldienstes des Landes Bayern (Zieldienststelle LKA München) Claudia Müller, Tel: 0228 / 93 407 93, 0163 / 275 74 2 oder e-mail: lumu71@freenet.de, claudia.mueller@bka.bund.de

Baden-Württemberg – Niedersachsen

Wir sind m 35 / w 25, PHM und PMin in Stuttgart bzw. Esslingen und suchen TP, die von Niedersachsen nach Baden Württemberg wechseln möchten. Ringtausch möglich. Tel: 0172 – 982288 oder dienstl. 0711 – 8990-3801 (Wiese)

Brandenburg intern

PMin (A7) im WWD aus dem Schutzbereich Havelland sucht dringend einen Tauschpartner aus dem Schutzbereich Brandenburg. Tel.: 033839 – 71593 (Baum)

Inserentin gesucht

Ich bitte die Kollegin, „Tauschpartnerin PMin aus Baden Württemberg 23 Jahre, die Tauschpartner aus Sachsen-Anhalt sucht, sich mit mir telefonisch in Verbindung zu setzen. Ich bin POM aus Sachsen-Anhalt PD Merseburg (Polizeirevier Merseburg). Meine Rufnummer:03461-446192 dienstlich; privat:03461- 342311 oder 0173/7445790

Die Polizisten sind kampfbereit

Auf einer mehrtägigen Sondertagung haben in Potsdam haben die Vorsitzenden der DPoIG-Landesverbände der Neuen Länder sowie aus Berlin, über die Pläne der Landesregierungen, Einkommens Kürzungen gegen Polizisten, durchzusetzen, beraten.

„Wir sagen Besoldungskürzungen bei der Polizei insbesondere in den Neuen Ländern sowie in Berlin den Kampf an“, so der einheitliche Tenor der Teilnehmer.

Das Gremium sieht in den Plä-



Sechs Kollegen, eine Meinung:
Kampf gegen das Unrecht!

nen besonders der Regierungschefs der Länder den Anfang vom Ende der Fürsorgepflicht der Dienstherren und der Treuepflicht der Beamten:

In einer Presseerklärung sagte dazu Kollege Frank Domanski:

„Wer trotz erheblicher finanzieller Einbußen in den letzten Jahren jetzt auch noch das Weihnachtsgeld für Polizistenfamilien oder das Urlaubsgeld streicht, richtet eine Kriegserklärung an die Belegschaft! Wer derart mit uns umgeht, tritt die Loyalität der Polizisten mit Füßen!

Ihr Inserat kommt im Rahmen des Platzangebots und in der Reihenfolge des Eingangs zum Abdruck. Wir behalten uns Kürzungen vor. Bitte beachten Sie:

1. Keine gewerblichen Inserate.
2. Zusendungen sind jeweils nur für eine Veröffentlichung möglich. Kein Fax!
3. Ihr Inserat muss mit Schreibmaschine/PC geschrieben sein und Ihren Namen mit Anschrift enthalten.
4. Umfang: max. 190 Buchstaben (30 Buchstaben Überschrift, 160 Buchstaben Text)
5. Urlaubsangebote werden mit 15,- € berechnet, alle übrigen Anzeigen sind kostenfrei. Bitte Rechnung abwarten!

Bitte nutzen Sie unbedingt das Internet:
e-mail: kontakte@HHFriedrich.de
REDAKTION POLIZEISPIEGEL
Meiendorfer Weg 46
22145 Hamburg

Urlaubsangebote

Sardinien/Westküste 01 - 01

Haus 2 - 8 Pers., im Pinienwald, MB, schöne Hanglage, ca. 10 Min. zum Sandstrand, 2 Terrassen, Grillkamin, ab € 35,- / Tag, Tel.: 08157/900680, Fax: 900681 (Axmann)

Oberbayern/Starnberger See 02 - 01

Komf. Fewo, 56 qm., im bayerischen Stil, Sauna, f. 2 - 3 Pers., ab € 40,- / Tag Tel.: 08157/900680, Fax: 900681 (Axmann)

Nordsee/Dornumersiel 03 - 01

Fewo 2 - 4 Pers, Inselblick, Balkon, Fernseher, 60 qm Fitnessraum, € 35,- / Tag Tel.: 08157/900680, Fax: 900681 (Axmann)

Europaspportregion Zell a. See 04 - 01

Komf. FeWo, 50qm, 2-4 Pers., Wozi, Schlzi, EBK m. Essecke, Bad/Du, sep.WC, TV, Balkon, NR, Wäsche a.W., Winter ab 45,- € / T, Tel.: 07152 - 59888; Fax 07152 - 337785 (Hahm)

Ostsee / Insel Usedom 05 - 01

2 kompl. Fe Wo v. 70 / 80 qm im reetged. FH, ruh., Stettiner Haff, NR, NS ab 41,- / 51,-€, HS ab 53,- / 63,- Euro / Tag o. BW. Hausprosp. Tel: 06132-40808, Fax: 432518 Koll Altendorf; www.ferienwohnung-usedom.com

Spanien - Costa Blanca 06 - 01

Südl. Alicante, komf Bung., 2 Schlz., 2 Bäder, Sat-TV, EBK, Pool, Garten., Liegen, 3 Terr, Bettw. u. Handt., ab 40,-€, Tel.: 02385 - 3910 (Spiegelberg)

Saarland- Losheim am See 07 - 01

Kft. Kinderfreundl. ***Fewo, 5 Pers., 70qm, Bk, ruhig, TV, Tel., Spülma; ab 26 € / Tag, inkl. NK, Frühstück mögl., Fahrr., Hausprosp.; Tel: 06872 - 6346, www.schneider-losheim.de

TRAUMINSEL MAURITIUS 08 - 01

Kollege bietet kleine komfortable Appartement und Bungalowanlage direkt am Meer, ab 32 €/ Person/Tag Tel/Fax:02129-54879, E-Mail: o.langner@t-online.de; www.mauritius-villa.de

Spanien - Costa Blanca 09 - 01

Bung. mit Pool für 4 Pers. - Nähe Calpe - 2 Schlzi, Kamin, Kü, Bad/WC, Terrassen, Sonnendeck, SAT-TV, Wama, Tel.: 029311.14916 ab 18.00 Uhr und an Wochenenden

THAILAND 10 - 01

Pattaya: App. von Polizeikollegen zu vermieten. Direkt am Jomtienstrand, D+WC, Warmwasser, Balk, Aircon, Kühlschr., TV+VCD, Bettwä, 2 Pools, Fitnessraum. 2 Wo. € 150, 3 Wo. € 200, 4 Wo. € 250. Info/Tel: 09775 - 858801 o. 006638 - 233108, Mail: egbert.scherer@gmx.de.

Rügen/Ostseebad Sellin 11 - 01

Erleben Sie den Charme der Jahrhundertwende: Komf. App. 44 m² 2-4 Pers. 1 Wohnz. 1Schlafz. Balk., Parkpl., zentr. Lage, Nähe Strand/Seebrücke, Tel.: 05829-759, Fax 760 (Gajer)

Altmühltal Lüftkurort-Riedenburg 12 - 01

FeWo Waldrand, wunderb. Aussicht, 1 Min. Zentrum, 70 qm bis 5 Pers. mit Hallenbad, TV, Balkon, PP, ab 41 €, Sauna, Sol. ger.Gebühr, Nichtferienzeiten 7=6,14=11. Koll. Kuhnke 0941/700841; www.juergen-kuhnke.de

Mittlerer Schwarzwald 13 - 01

Excl. Fewo's, 50-90 qm, für 2-6 Pers., ab 35 €/ Tag (inkl.), Ausflugsmöglichkeiten in nächster Umgebung, Natur pur. Hausprospekt. M. Schäfer, Sonnhalde 11, 77960 Seelbach, 07823-Tel. 96565, Fax 96566, www.mittelschwarzwald.de

Spanien/Cap Salou 14 - 01

FeWo für 4 Pers., ruhige Toplage direkt am Mittelmeer, Komplettausst., Sat -TV, Meerblick, Nähe Tarragona, Tel.06126/52837 (Jeschke).

Bernried/Bayerischer Wald 15 - 01

Neu einger. FeWo für 2-4 Pers.. Nähe DEG. Ruhige Ortsrandlage. Liegewiese/Grill. Hausprospekt. Ab 28,-€/Tag. Für Kollegen 3,-€ Rabatt. Tel. 09905-707 416 (Eberle)

Bergen/Nähe Chiemsee 16 - 01

Gemütl. FeWo für 2-5 Pers.. Preis ab Euro 36.-- / 2 Schlafz., Wozi, Kochn., Dusche/WC/ 70 qm Balkon/Terrasse, Tel.-. 08662 - 8208 (Oberauer)

Spanien (Costa Blanca) 17 - 01

FeWo in spanischem Dorf, 65 Km südlich Alicante. 50 m von weitem, flachem Sandstrand entfernt. Ideal mit Kindern. Die Wohnung ist komplett eingerichtet. (Sat-TV, WaMa, Micro. usw.) Bernd Schäckel Tel.: 02932 - 26523 pr. o. 02931 / 822273 dienstl.

Provence/Nähe Brignoles 18 - 01

Fella, 98 qm, 2 Schlzi., Kü., gr. Salon, Kamin, SAT-TV, gr. Terr., Grill, ruhige Lage auf ca. 4000 qm, 2-4 Pers., ab 370 € / Wo., Tel. 07433/36272 (Hirsch)

Borkum 19 - 01

Komfortabel Ferienwohnung, ca. 75 qm, bis 4 Personen, 2 Schlzi, Wozi, Kü, Bad, TV, Terr, Garten, gehobene Ausstg, ab 40,00 €/ Tag. Haustiere auf Anfrage. Info Tel: 02337-3932; Fax:02337-3969 (Köster)

Hollandurlaub 20 - 01

Schickes, strandnahes FH für 6 Pers preisgünstig vom Kollegen Heitkamp zu vermieten. Schauen Sie auf unsere Homepage "www.Heitkamp-Holland.de". Tel: 02591 - 5590, Fax: 02591 - 940377

Bordelum bei Bredstedt - Nordfriesland 21 - 01

3 + Zi-Steinhaus, Blick auf die Halligen, 6 Schlafpl., TV, Fahrr. und WS vorhanden. NS 35 €/, H5 45 € / Tg. Bolls/Marten Tel: 040 - 570 50 10

DÄNEMARK/NORDSEE 22 - 01

zwei schöne Feha, in der Jammerbucht/ Nordjütland. Ideal für Familien mit Kindern. Spielplatz vorhanden. Tel. 069/80985322 oder 06106/22889 (Köhler)

Provence / Nähe Mt. Ventoux 23 - 01

Fehs, Traumlage, Thermal-u. Luftkurort, f. 2 - 4 Pers. zu günstigen Konditionen zu vermieten. Tel. 07821 / 41364, FAX 07821 / 992483 Senger).

OSTSEE / Schönberg S-H 24 - 01

Kornf. Fewo , bis 5 Pers. Dir. am Schönberger Strand, Seeblick Seebrücke. Räder und TV Preis

je nach Saison 40.- bis 70,-€, Koll. Hauke Maaßen, Am Kaiserberg 3, 24217 Wis~ Tel./FAX 04344 - 1381.

Spanien- Costa Blanca 25 - 01

Südl. Alicante, komf. FeWo f. 3-4 Pers., priv. Wohnanl., 2 SZ, Sat- TV, Waschm., eig.gr.Dachterr.,Gem-Pool, strandnah, ab 200 € p.Wo.(deutsch.Ansprechp. vor Ort)Tel. 04131-595 60 (Kühn/Weber)

Büsum / Nordsee 26 - 01

Komf. Fewo, ca. 70 qm, 4-6 Pers., NR, keine Haustiere, 2 Schlz.,Balk, EBK m. Geschirrsp., TV, Waschm Bis 4 Pers. 52 - 70 Euro / Tag, incl. Bettw., Handtücher u. Endreinigung.04834-3223 (Buttgereit)

INSEL THASSOS / Griechenland 27 - 01

Kl. fam. Pension, dir. am Meer, fl. Sandstrand, Ü/F, DZ m. DU/WC, 17,5 € / Pers. H. Dörfler, Windschenhaig 23e, 95326 Kulmbach, Tel.-u. Fax: 09221/6135

Kroatien/Dalm. Ins. Murter 28 - 01

FeWo 3 - 6 Pers. für 25 - 50 E, und gr. Wohnwagen 7 m mit Klima f. 4 Pers. kompl. einger. direkt am Meer für 32 - 37 € zu verm. Bootsliegepl. möglich. Tel. - 092461989188 o. 0171/5815831 Spörk)

Costa Blanca/Alicante/Torrevieja 29 - 01

Gemütl. FEWO im End-RH, Balkon, Dachterrasse, 3 Schlafz., Küche, Bad, max. 5 Pers.. SAT-TV, Pool, dir. am Naturschutzgeb. T.: 0451-6933530 oder www.casa-isabelle.de (Beitel)

Nordsee / St.Peter-Ording 30 - 01

Komf. Haushälfte, 2-6 Pers. Ca, 95M2 ~ 3 Schlafr; zentr. Lage, Allergiker, NR, keine Tiere Einbauk. Mikrow, Geschirrsp. Backofen, TV ab 55,-/Tag, Treis, Tel.04105/80863 (Mainer-Treis)

Nordsee/Neßmersiel 31 - 01

Komf. 4Sterne Hs, ca.95qm, 3 Schlzi. gr.Wozi.,Kü, Spülma. Mikrow. D/WC, TV,Tel. Wama, Terr., Fahrr., NR, k. Tiere Tel/Fax: 06085 - 676 (Möglich-Watz)

Spanien - Costa Blanca / Moraira 32 - 01

1 Fam.Haus m. Gern. Pool. 80 qm Wohnfl. (3 Schlafzi.) Radio u. TV, Term.2003 frei - € 47,50/ Tag Christiansen Tel.: 04106 - 60761 - Fax: 04106 - 658875

Griechenland/Chalkidiki 33 - 01

App. 2-5 Pers. IWSZ,ISZ,KZ,Bad,Balk. kleine, deutschspr. Anlage, Pool, direkt am Sand-/Kiesstrand (Bar, Restaurant, Wamae), 1 km vom Ort. (HP möglich) ab 30€/Tag. Tel.: 05532-81088 (Notbohm)

Nordsee 34 - 01

Komf. FeHs und FeWo, ostfr. Nordsee, je 2 Schlzi., EBkü, TV, Wama. u.v.m.4 Pers.: 7 Tg:149,—€ Hausprospekt, www.ferienwohnung-kaiser.com; Tel.: Kaiser 02381 - 26876

Bayern/Oberpfalz. - Fuchsmühl 35 - 01

2 Fe-Wo je 80 qm, 28,— bzw. 25,— € / Tag, Tel. 09634 - 1701 (Ast), www.timnet.de/~rolast

Tiefenbach bei Oberstdorf/Allgäu 36 - 01

Fewo für 2 - 4 Pers, komplett ausgestattet, ruhig und schöne Lage mit herrlichem Bergblick, ab 26,00 €/Tag, www.andreamuetsch.de, E-Mail: andreas-muetsch@freenet.de, Tel.: 08322/5425.

Heijbad BÜK / nordwstl. Ungarn 37 - 01

Haus f 6 Pers. 90 qm, 3 ZL., Wohnkü, DuWC, Sat-TV, Wama, 18 Ar, Pool 6 km z Heilbad. HS 300,- € , NS 270 € /Wo..R. 20,-€. Rolf Reidies, Tel./Fax: 07131-573487 [email:reidies@hst.net\(p\)](mailto:email:reidies@hst.net(p)) oder [reidiesr@pdhn.bwl.de\(g\)](mailto:reidiesr@pdhn.bwl.de(g)).

Rückfall in alte Zeiten – Arbeitgeber halten an ihren Ritualen fest



Bundestarifbeauftragter Gerhard Vieth

Nach der ersten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst zeigte sich die Tarifkommission der dbb Tarifunion mehr als enttäuscht über die Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden. Ohne ein verhandlungsfähiges Angebot waren die Arbeitgeber nach Stuttgart gekommen und die Auftaktrunde verkümmerte wieder einmal zum Schaulaufen der Elefanten. „Die Arbeitgeber haben eine große Chance verspielt“ sagte Gerhard Vieth, Bundestarifbeauftragter der DPoLG und Mitglied der Verhandlungskommission. Die dbb tarifunion hat mit transparenten und realistischen Forderungen einen Beitrag für zügige Verhandlungen geleistet. Allen Beteiligten sollten damit alte Rituale und Verzögerungstaktiken erspart bleiben. Statt dessen zeigten sich die Arbeitgeber in keiner Weise kooperativ. Gerhard Vieth bewertet den Konfrontationskurs den die Arbeitgeber offensichtlich eingeschlagen haben mit den Worten: „ Die Arbeitgeber unterschätzen den Ernst der Lage und vor allem die Kampfbereitschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 18. Dezember sollten die Arbeitgeber ihre Haltung überdenken, sonst sind Arbeitskämpfmaßnahmen unausweichlich“. Die Arbeitgeber vertreten durch Bundesinnenminister Otto Schily für den Bund, Minister Falthäuser für die Länder und Oberbürgermeister Stüber für die Gemeinden verwiesen in ihren Statements auf die katastrophale Lage der öffentlichen Kassen, die keinen finanziellen Spiel-

raum zuließen. Ihre Aussagen stützten sie auf die neuesten Steuerschätzungen, die ein Finanzierungsdefizit von 31 Mrd. € hat erkennen lassen. Dementsprechend wurden von den öffentlichen Arbeitgebern auch Vorschläge unterbreitet, Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst durch Streichung von Zulagen, der jährlichen Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) und des Urlaubsgeldes zu finanzieren. Andernfalls wären nach den Worten der Arbeitgeber zur Gegenfinanzierung von Einkommensverbesserungen Stellenkürzungen oder gar betriebsbedingte Kündigungen erforderlich.

Der Verhandlungsführer der dbb tarifunion Robert Dera ließ keinen Zweifel daran aufkommen, die Forderungen nachdrücklich durchsetzen zu wollen. Hier sein Statement zum Auftakt der Einkommensrunde:

Herr Bundesminister Schily,
Herr Minister Falthäuser,
Herr Oberbürgermeister Stüber,
meine Damen und Herren,
wir haben Ihnen unsere Forderungen, die unsere Gremien beschlossen haben, übermittelt. Ich will sie hier und heute begründen:

1. Lineare Anpassung

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes benötigen nach Jahren mit deutlichen Realeinkommensverlusten wieder Einkommenszuwächse. Diese haben sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu orientieren. Die Anpassung muss das prognostizierte Wirtschaftswachstum ebenso berücksichtigen wie die tatsächlichen und erwarteten Preissteigerungen. Insgesamt muss sie Spielraum für eine Stärkung der Kaufkraft der Beschäftigten geben.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände fordert die dbb tarifunion eine lineare Anpassung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten aller Berufsgruppen und der Auszubildenden im öffentlichen Dienst in Höhe von 3,5 %.. Die Laufzeit der entsprechenden Tarifverträge soll 12 Monate betragen.

2. Anpassung Ost an West

Die Tarifverträge für die Ost-Anpassung laufen noch bis zum 31.12.2002, wir haben sie gekündigt, stellen schon jetzt unsere Forderungen und wollen in dieser Tarifrunde ein Ergebnis. Die Einkommenssituation in den neuen Bundesländern zwingt zu raschem Handeln. Die dbb tarifunion fordert die Vereinbarung einer stufenweisen Angleichung der Bezahlungs- und Be-

schäftigungsbedingungen Ost an West bis 2006.

3. Beamtenbesoldung

Wir erwarten aber auch, dass per Gesetz unmittelbar nach Abschluss der Tarifrunde auch für die Beamten sowohl die lineare Erhöhung als auch die Ost-Angleichung vorgenommen werden.

Mit unseren Forderungen haben wir die schlichte, die klare Variante gewählt. Diese Forderungen zeichnen sich dadurch aus, dass Sie knapp, transparent und gut zu begründen sind. Wir erwarten von Ihnen Entsprechendes. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten überhaupt kein Verständnis, wenn Sie sich den Luxus erlaubten, den heutigen Tag nicht zur Abgabe eines Arbeitgeberangebots zu nutzen. Ein solches Verschleppungsritual wäre für uns nicht akzeptabel. Was die Schleifung von Ritualen angeht, sind wir vorangegangen. Nun erwarten wir, dass Sie folgen. Wir erwarten, dass die Zeit bis zur nächsten Runde nicht der Spekulation gehört, sondern der ernsthaften Prüfung von Angebot und Forderung. Das sind wir gemeinsam den Beschäftigten schuldig, gerade in einer Zeit, in der die Medien voll von Beschimpfungen des öffentlichen Dienstes sind. Setzen Sie ein Signal, dass Ihnen Ihre Mitarbeiter etwas wert sind. Die aktuelle Debatte gleicht auf unangenehme Weise einer Gerichtsverhandlung. Die Angestellten, Arbeiter und Beamten des öffentlichen Dienstes werden beschuldigt, zu teuer zu sein. Die Anklage wird nicht nur von einschlägig bekannten Medienvertretern geführt. Als Ankläger treten fatalerweise auch einige der öffentlichen Arbeitgeber auf. Tenor der Anklage: Der öffentliche Dienst ist zu teuer, er soll gefälliger die immer neuen Herausforderungen und Gesetze mit immer weniger Personal abarbeiten und dafür zum Ausgleich auch noch schlechter bezahlt werden. Das klingt provokativ, aber die Art und Weise, wie der öffentliche Dienst in der letzten Zeit wieder in die Ecke der hochbezahlten ewig Gestrigen gestellt wird, macht es schwer, anders zu argumentieren.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen, von der Enttäuschung der Beschäftigten zu berichten. Dabei geht es weniger darum, dass Sie unsere Forderung nach Altväter Sitte als unrealistisch abgestempelt hatten. Vielmehr sind die Kolleginnen und Kollegen enttäuscht, dass niemand

von Ihnen es der Mühe Wert fand, die Beschäftigten in Schutz zu nehmen, ihre Leistungsfähigkeit einmal herauszustellen und die Bedeutung des öffentlichen Dienstes als Standortfaktor für die Bundesrepublik zu erläutern. Stattdessen entsteht der Eindruck, die Medienschelte für die satten Bürokraten, die Berlins Finanzsenator Sarrazin auch mal als „übelriechend“ beschimpft, käme Ihnen gelegen. Schließlich schwächt das die Position der Gewerkschaften in der aktuellen Einkommensrunde.

Damit liegen Sie aber falsch. Längst geht es nicht mehr nur darum, mit welchem Ergebnis wir gemeinsam aus dieser Runde kommen. Es geht auch um die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Dessen Bestimmung ist es, die Grundversorgung zu sichern. Gesundheit, Sicherheit und Bildung sind hier nur Stichworte. Gewollt und grundgesetzlich verankert ist eine bundesweite Versorgung der Bürger und Bürgerinnen auf gleichem Niveau. Doch das war gestern! Heute denkt man, mit einem Griff in die tarif- und bezahlungspolitische Motte, mit einem Modell aus den 70er Jahren, die Zukunft zu gewinnen. Alles, was bis heute noch im öffentlichen Dienst verblieben ist, weil es sich beim besten Willen nicht privatisieren ließ, soll nun der Regionalisierung anheim fallen. Betroffen sind alle Statusgruppen - immerhin ein Aspekt von scheinbarer Gerechtigkeit.

Das Ziel ist klar: Es muss gespart werden. Davon müssen Sie uns nicht überzeugen. Das wissen wir und das praktizieren die Kolleginnen und Kollegen auch längst. Zuletzt bei der Reform der Zusatzversorgung. Aber Politik, die sich selbst mit dem Attribut der Nachhaltigkeit schmückt, darf nicht dort sparen, wo es am leichtesten geht, sondern dort, wo die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht in Gefahr gerät. Natürlich sparen Sie bei einer Regionalisierung der Einkommen zunächst. Aber um welchen Preis? Die Menschen werden dorthin gehen, wo die Arbeitsbedingungen stimmen. Vielleicht ins gelobte Bayern. Schließlich haben Sie, Herr Minister Falthäuser, bereits angekündigt, Bayern wolle ja auch nach oben regionalisieren. Vielleicht werden die jungen Menschen aber auch gar nicht mehr in den öffentlichen Dienst gehen. Den Wettbewerb um die Besten scheinen Sie aufgegeben zu haben.

Doch brauchen wir die Angleichung-Ost auch deshalb, weil wir dort die realen Folgen Ihres groß angelegten Regionalisierungsprojekts seit zwölf Jahren bestaunen können. Brandenburger Lehrer unterrichten in Berlin und Azubis aus Erfurt oder

Schwerin wechseln nach Hamburg oder Frankfurt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist keine gewerkschaftliche Monstranz; sondern gesellschaftliches Gebot. Aber Nachhaltigkeit scheint nicht immer politisches Prinzip zu sein. Daraus folgern wir: Der öffentliche Dienst soll nicht zwingend leistungsfähig sein, Hauptsache er ist billig.

Hier jedoch fehlt der öffentlichen Debatte ein Element. Niemand sagt dem Bürger, dem heute der „teure“ öffentliche Dienst als Hauptschuldiger für die leeren Kassen präsentiert wird, was er zu bezahlen hat, wenn er ehemals öffentliche Dienstleistungen privat einkaufen muss. Deshalb sage ich, auch mit Blick auf die kommunalen Arbeitgeber: Sicherlich haben wir finanzielle Probleme. Unsere aktuellen Tarifforderungen tragen dem Rechnung. Doch stimmt auch folgender Satz: Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders! Wer nämlich die steuerliche Basis der kommunalen Arbeit zielgerichtet vernichtet, ihm also einen immer geringeren Anteil am Steueraufkommen zuteilt, darf sich nicht wundern, wenn Finanzierungsprobleme auftreten. Diese müssen gelöst werden, aber nicht ohne Aufgabenkritik. Der stellen wir uns! Zuletzt in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit hat diese Kritik sogar einen Aufgabenzuwachs ergeben. Den denken wir uns nicht selbst aus, der ist einfach da!

Selbstverständlich findet diese Einkommensrunde nicht jenseits von Raum und Zeit statt. Gleichwohl haben die Beschäftigten das Recht, dass man sich ihren Forderungen und vor allem ihren erbrachten Leistungen vorurteilsfrei nähert. Schon ein Hinweis darauf, dass die Arbeitgeber den neuartigen Ansatz unserer „3,5 Prozent Forderung“ verstanden haben, wäre ein Signal an die Beschäftigten. Da wir uns nicht einbilden, schlauer als andere Branchen zu sein, halten wir es für angemessen, die anderenorts erzielten Abschlüsse zum Vorbild zu nehmen. Erst die zeitliche Platzierung dieser Runde am Ende des Wirtschafts- und Tarifjahres ermöglicht es uns, alle wirtschaftlichen Fakten in unsere Überlegungen einzubeziehen. Schließlich wurde dort der Abgleich der berechtigten Forderungen mit den wirtschaftlichen Fakten bereits vollzogen und das auch in strukturbedingt schwachen und kritischen Bereichen.

Ferner löst sich eine Forderung von 3,5 Prozent auch nicht von den wirtschaftlichen Eckdaten. So ging die Bundesregierung in der Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2006 noch von positiven Werten aus: Im Herbstgutachten stellt sich die Lage schlechter dar. Es macht keinen Sinn, sich das Gutachten

auszusuchen, das die eigene Position stützt. Doch teilen wir die Auffassung des Kanzlers, dass es fatal ist, den eigenen Standort schlecht zu reden. Und selbstverständlich sind wir bereit, unseren Beitrag zu leisten. Unsere Forderung betrachten wir als einen solchen. Fortgesetzte Androhungen, Beschäftigte zu entlassen, sind dagegen kein geeigneter Beitrag. Übrigens stufen führende Wirtschaftsforschungsinstitute unsere Forderung als „vernünftig“ - so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung oder wie das Institut für Wirtschaftsforschung Halle als „Position mit Augenmaß“ ein.

Über die Ostforderung habe ich bereits gesprochen. Allerdings darf ein Hinweis nicht fehlen. Es geht hier nicht um irgendeine Regionalisierung. Es geht bei der Ost-Angleichung um die Überwindung einer ehemals betonierten Grenze. Es geht um das Selbstverständnis der ostdeutschen Menschen bei gleicher Leistung auch gleich bezahlt und nicht jahrzehntelang als Sonderfall deklariert zu werden. Der Kanzler hat hier im Frühjahr Abhilfe versprochen und außerdem erscheint das Thema auch in der Koalitionsvereinbarung. Dort heißt es:

„In den künftigen Tarifverhandlungen von Bund, Ländern und Gemeinden mit den Gewerkschaften wollen wir eine differenzierte Stufenregelung zur Angleichung der Einkommen im öffentlichen Dienst in Ost und West bis 2007 umsetzen.“

Meine Damen und Herren Arbeitgeber, sehen Sie in uns konstruktive Helfer, um die Vorgaben ihres Chefs im Sinne der Menschen umzusetzen. Ohne eine Perspektive für die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern darf die aktuelle Einkommensrunde nicht zu Ende gehen.

Im Zusammenhang mit der Ost-Forderung auch mein abschließender Appell: Lassen Sie uns auf das Abwerfen von Nebelbomben verzichten. Damit leisten wir einen Beitrag zum Ansehen der Tarifautonomie. Verzichten Sie aber bitte auch auf den unseligen Netto-Vergleich. Richtig ist nämlich, dass die Universität Magdeburg errechnet hat, durch strukturelle Unterscheidung in der Einstufung der Tätigkeiten sei der Unterschied Ost zu West sogar noch zwei Prozent größer. Richtig ist auch, dass der Vorsprung des Westens pro Arbeitsstunde sogar 18 bis 20 Prozent beträgt.

Wir haben das Mandat unserer Mitglieder, kompromissorientiert zu verhandeln. Wir haben allerdings auch das Mandat, auf Verzögerungstaktik und Blockadehaltung mit allen Mitteln zu reagieren.

Wirtschaftskriminalität und Korruption

Ein Bericht über die BKA-Herbsttagung 2002

Die jährliche BKA-Herbsttagung, die in diesem Jahr Wirtschaftskriminalität und Korruption zum Thema hatte, fand vom 19. bis 11. November 2002 in Wiesbaden statt. Tagungsleiter war der Leiter des Kriminalistischen Institutes im BKA, Prof. Dr. Jürgen Stock.

Bereits im letzten Jahr war „Wirtschaftskriminalität“ als Tagungsthema vorgesehen. Nach den Ereignissen des 11. September 2001 wurde jedoch kurzfristig die (tages) aktuelle Thematik „Islamistischer Terrorismus als Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft“ gewählt. An der diesjährigen Tagung nahmen ca. 350 hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Justiz und Polizei teil. Hinzu kamen noch etwa sechzig Pressevertreter, die über dieses Ereignis in ihren Medien berichteten.

Sowohl in der Begrüßung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Dr. Ulrich Kersten, als auch in der Eröffnungsrede von Bundesinnenminister Otto Schily kamen Aktualität und Stellenwert der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus deutlich zum Ausdruck. Gleichwohl wurde betont, dass andere Themenfelder, auch unter dem Aspekt möglicher Verknüpfungen, nicht vernachlässigt werden dürfen. Vor dem Hintergrund der spektakulären Firmenzusammenbrüche und dem Geschehen an den internationalen Finanzmärkten trifft dies ganz besonders für das diesjährige Tagungsthema „Wirtschaftskriminalität und Korruption“ zu.

Dr. Kersten und Minister Schily hoben die vielfältigen Erscheinungsformen der Wirtschaftskriminalität, aber auch die Schadensträchtigkeit hervor. Die Phänomenologie reicht vom Anlagebetrug, Kreditvermittlungsbetrug, illegale Arbeitnehmerüberlassung, Produkt- und Markenpiraterie, Subventionsbetrug, Betrug zum Nachteil von Krankenkassen und Patienten sowie die Korruption, wobei das gesamte Spektrum nicht aufgezeigt werden kann und die Auflistung sich unschwer verlängern ließe.

Nach Kersten zeigt sich der Stellenwert der Wirtschaftskriminalität statistisch in den von ihr verursachten Schäden. Im Jahr 2001 waren dies 13,2 Milliarden DM. Diese Summe stellt 60 % des durch Kriminalität verursachten Schadens dar - hervorgerufen durch gerade einmal 1,7 % der von der

Polizei insgesamt festgestellten 6,4 Millionen Straftaten. Das Bild der polizeilich registrierten Wirtschaftskriminalität wurde in den vergangenen Jahren zu rund zwei Dritteln von Fällen des Betrugs geprägt, wobei der Beteiligungs- und Kapitalanlagebetrug dominierten. Einen praktischen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit stellen daneben die Insolvenzdelikte dar.

Hohe Sozialschädlichkeit auch durch Folgeschäden

Die Gefährlichkeit der Wirtschaftsdelikte wird jedoch nicht allein durch diese materiell bestimmbar, strafrechtlich relevanten unmittelbaren Schäden charakterisiert. Mittelbare und Folgeschäden (z.B. Arbeitsplatzverluste und Wettbewerbsverzerrungen) sind hier nicht eingerechnet. Die mit der Wirtschaftskriminalität außerdem in Verbindung stehenden immateriellen Schäden manifestieren sich insbesondere in einem Vertrauensverlust gegenüber dem Funktionieren der Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft. Gerade die Korruption stellt ein Deliktsfeld mit hoher Sozialschädlichkeit und hohem Gefährdungspotenzial für die staatliche Integrität dar.

Vertrauen ist unabdingbar

Die Sorge, dass das Vertrauen der Menschen in das Wirtschaftsleben nachhaltig beeinträchtigt wird, ist durchaus begründet. Vertrauen der Gesellschaft in die Wirtschaft korrespondiert mit Verlässlichkeit und Verantwortung der im Wirtschaftsleben handelnden Akteure. Nimmt Ethik im Wirtschaftsleben noch den ihr gebührenden Platz ein? Mit dieser Fragestellung spannte Dr. Kersten den Bogen zur Politik und nahm gleichzeitig die Thematik des Festvortrages „Ethik in der Wirtschaft“ auf.

Für den Festvortrag mit diesem anspruchsvollen Thema konnte Daniel Goeudevert, ehemaliger Manager aus der Autoindustrie, gewonnen werden. In intellektuell anspruchsvoller und angenehm vertrauensvoller Weise stimmte er die Teilnehmer in die „neue“ Dimension der Einstellung zu Erfolg, Menschenwürde und Führungsstil ein.

Dem Gesamtkomplex Wirtschaftskriminalität widmete sich die Tagung inhaltlich in den drei Themenblöcken Wirtschaftskriminalität, Korruption und Finanzmarktdelikte.

So befasste sich Dr. Ulrich Kersten, Präsident des Bundeskriminalamts mit der „Wirtschaftskriminalität als Strukturkriminalität“.

Zum Themenschwerpunkt „Korruption im Wirtschaftsleben“ gab es folgende Vorträge:

- „Empirische Forschungsergebnisse zur Korruption“ (Prof. Dr. Britta Bannenberg, Universität Bielefeld)
- „Wachstumsbranche Korruption: Zehn Gebote der Korruptionsbekämpfung - Forderungen an Gesetzgeber und Verwaltung“ (Oberstaatsanwalt Wolfgang Schauensteiner, Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/Main)
- „Korruption aus Sicht einer Nicht-Regierungsorganisation“ (Dr. Hansjörg Elshorst, Transparency international, Berlin).

Die Facette Finanzmarkt und Kriminalität beleuchteten folgende Beiträge:

- „Tatort Börse?“ (Klaus Dieter Benner, Hessisches Wirtschaftsministerium, Frankfurt/Main)
- „Compliance - Aufsichtsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Kreditwirtschaft und ihrer Kunden gegen Wirtschaftskriminalität“ (Prof. Dr. Dirk Scherp, Dresdner Bank AG)
- „Der „Tatort“ Börse aus der Sicht der Kleinanleger“ (Harald Petersen, Schutzgemeinschaft der Kleinanleger, Bayreuth)
- „Aktuelle Fälle für die Börsenaufsicht in den USA“ (Thomas Newkirk, US-Börsenaufsicht SEC, Washington D.C.)

Im Folgenden werden aus den Statements der Referenten und den Diskussionsbeiträgen Kernaussagen aufgegriffen und wesentliche Aspekte des Tagungsthemas wiedergegeben.

Ethik im Wirtschaftsleben

Unvereinbarkeit von Moral und Wirtschaft?

Ist Wirtschaft mit moralischen Vorstellungen überhaupt vereinbar? Stehen wirtschaftliches Handeln und Moral im Widerspruch? Der Mensch des Industriezeitalters wird an seiner Leistung gemessen. An die Stelle des Glaubens an Prinzipien ist der Erfolg durch Leistung getreten. Die Präferenzen des Menschen werden geprägt durch Produkte, die der Markt vorschreibt. Das Überangebot der Wirtschaft weckt Erwartungen, die dann mit großem Gewinn seitens der Anbieter erfüllt werden. Der Mensch des 21. Jahrhunderts ist keineswegs

frei. Die ursprünglichen Intentionen der Marktwirtschaft werden völlig missverstanden. Marktwirtschaft ist anpassungsfähig und auf diese Anpassungsfähigkeit müssen wir uns in der derzeitigen Situation besinnen, so die Worte von *Daniel Goeudevert*. Weiterhin klagte er das Fehlen von „wahren“ Vorbildern in der Wirtschaft ein.“ Für unsere Jugend stellen sich die Vorbilder aus der Wirtschaft als das da, die „steinreich nach Hause gegangen sind“.

Spielbank Marktwirtschaft

Spielbank Marktwirtschaft, Spielplatz Finanzmarkt, Tatort Börse, Tatwaffen „shareholder value“ und „stockholder“. Die Ausnutzung dieser Instrumentarien „bis zum geht nicht mehr hat uns dahin gebracht, wo wir heute stehen“. So die deutlichen Worte *Goeudeverts*. Die Rolle der neuen Generation der Aktionäre beschränkt sich auf „Gewinne machen und abzocken“. Das Schicksal der Firmen, mit deren Aktien er „spielt“ kümmert ihn wenig. Er kennt nicht einmal die Namen.

Vertrauen macht sich bezahlt

Vertrauen, Zuverlässigkeit machen sich bezahlt, so die weitere Botschaft *Goeudeverts*. Ethisches Handeln sollte als Korrektiv gegen mögliches Marktversagen eingesetzt werden. Der enorme Kostenaufwand für Kontrolle und Sanktionen kann gespart und effektiv eingesetzt werden.

Was kann getan werden?

„Erstens: gnadenlose Repression, zweitens: Prävention“ so *Daniel Goeudevert*. Bereits in den Schulen die Regeln der Wirtschaft den Kindern beibringen. Aber welche Art des Wirtschaftens soll gelehrt werden? Welche Menschen kommen aus den Schulen? Harvard hat auch ENRON-Manager hervorgebracht. Die Inhalte müssen anders werden. Eine Umkehr von der Faszination des schnellen Geldes weg und hin zum Maßhalten und vor allen Dingen zum Durchhalten. Wir befinden uns in einer Umbruchphase, diese Chance gilt es für ein Umdenken zu nutzen.

Wirtschaftskriminalität als Strukturkriminalität

Situationsbeschreibung

Insidergeschäfte und andere illegale Machenschaften an der Börse, Scheingeschäfte von Unternehmen, kriminelle Transaktionen, gefälschte Bilanzen, Korruptionsskandale verbunden mit den Namen Flowtex, Comroad Korruptionsskandale usw. - sind dies Fälle individuellen Fehlverhaltens oder handelt es sich um Struk-

turkriminalität? Sind die jetzt vorherrschenden Erscheinungsformen wirtschaftskriminellen Handelns systemimmanent? Verliert Wirtschaftskriminalität ihren Charakter als abweichendes Verhalten? Steigen die Tatgelegenheiten mit zunehmender Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaftsstrukturen an? Wie ist das Verhältnis der Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft zur Kriminalitätsentwicklung? Mit dieser Fragestellung stimmte *Dr. Kersten* in die Thematik ein.

Wirtschaftskriminalität bewegt sich immer in einem konkreten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld, also innerhalb der jeweiligen strukturellen Rahmenbedingungen. Wirtschaftskriminalität als strafbare Teilmenge des gesamten professionellen wirtschaftlichen Handelns findet dementsprechend unter Ausnutzung vorhandener legaler struktureller Rahmenbedingungen und Abläufe statt. Auch die Korruption entfaltet sich in Strukturen. Genutzt werden einerseits organisatorische Gegebenheiten und personelle Beziehungsgeflechte der Verwaltung, andererseits sind auf der Geberseite sehr häufig hochentwickelte, überregionale und gewerbliche Netzwerke mit teilweise internationalen Bezügen zu erkennen. Bei dieser strukturellen Korruption handelt es sich um Fälle, bei denen das einschlägige deliktische Handeln auf der Grundlage längerfristig angelegter Beziehungen basiert, so führte *Dr. Kersten* weiter aus.

Organisierte Kriminalität als Strukturkriminalität

Gerade die in jüngster Vergangenheit bekannt gewordenen Beispiele zeigen auf besonders eindringliche Weise die enge Verwandtschaft von Organisierter Kriminalität und Wirtschaftskriminalität als Strukturkriminalität auf. Sie zeichnen sich beide besonders durch ihren hohen Spezialisierungsgrad, eine präzise Planung, die Anpassung an Markterfordernisse durch Ausnutzen von Marktlücken sowie das Erkunden von Bedürfnissen aus. Die Konstruktion schwer durchschaubarer Firmengeflechte verhilft zur Wahrung der Scheinseriosität. Illegal erzielte Gewinne fließen zurück in den legalen Wirtschaftskreislauf bzw. werden im Rahmen eigener legaler Wirtschaftstätigkeiten eingesetzt. Täterverbindungen existieren sowohl überregional als auch international.

Bekämpfungsansätze

Die Tathandlungen der Wirtschaftskriminalität implizieren strukturiertes Vorgehen und strukturiertes Zusammenwirken von Tatbeteiligten. In diesem Zusammenhang

weist Wirtschaftskriminalität Schnittstellen zur organisierten Kriminalität auf. Diese Erkenntnis impliziert eine höhere Verantwortlichkeit für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität sollten verstärkt Instrumente eingesetzt werden, die bereits für die Bekämpfung der organisierte Kriminalität entwickelt wurden. Bei den Polizeibehörden ist immer noch schwerpunktmäßig ein reaktives Vorgehen feststellbar. Dort, wo Wirtschaftskriminalität als Strukturkriminalität vergleichbar der Organisierten Kriminalität vermutet wird, muss verstärkt auf die Strategien zurückgegriffen werden, die sich am modus operandi der Täter orientieren. Dazu gehören die verstärkte Nutzung der Telekommunikationsüberwachung sowie das Forcieren des Einsatzes von V-Personen und verdeckten Ermittlern. Weiterhin muss auch die Praxis des Strafverfahrens in Wirtschaftsprozessen und die Verantwortlichkeit juristischer Personen neu überdacht werden.

Prävention und ressortübergreifende Zusammenarbeit

Allein durch Maßnahmen der Repression kann eine zufriedenstellende Situation nicht erzielt werden. Es sind auch erhebliche Anstrengungen im präventiven Bereich notwendig.

Hier ist der Ausbau sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren ein „unverzichtbares Muss“.

Insbesondere der Informationsfluss zwischen Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften muss noch verstärkt werden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die ressortübergreifende Zusammenarbeit, etwa mit den Behörden der Finanzdienstleistungsaufsicht und anderen Verwaltungsbehörden, sowie der Dialog mit Verbänden und Interessenvereinigungen der Wirtschaft. Selbstredend bedarf es bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität auch einer Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Tendenziell präventiv wirkt die Institutionalisierung von Kontrollmechanismen durch die Wirtschaft selbst oder durch staatliche Aufsichts- und Vergabebehörden und sollte daher einen höheren Stellenwert einnehmen, als es bisher der Fall ist. Um diesen Bedürfnissen gerecht werden zu können, ist eine nachhaltige Verbesserung von Aus- und Fortbildung und eine Ergänzung des kriminalistischen Know-how durch Wirtschaftsexperten und Finanzermittler notwendig.

Korruption im Wirtschaftsleben

Empirische Forschungsergebnisse zur Korruption

Mit der Darstellung der Ergebnisse aus ihrem Forschungsprojekt „Korruption in Deutschland und ihre strafrechtliche Kontrolle“ aus dem Jahre 2002 eröffnete Prof. Dr. Britta Bannenberg von der Universität Bielefeld, das Themenfeld Korruption.

Unterschiedliche Korruptionsstrukturen

Nach den empirischen Befunden lassen sich die Korruptionsstraftaten in Einzelfall- und Bagatelldelikte, räumlich und personell begrenzte und oft auf jahrelange Wiederholung angelegte „gewachsene Beziehungen“ und organisierte Wirtschaftskriminalität großen Stils nicht zuletzt mit Verbindungen in die Politik klassifizieren.

Kontrolldefizit

In Verwaltungen und Unternehmen besteht ein deutliches Kontrolldefizit. Als negativ hat sich in lange andauernden Korruptionsfällen immer wieder gezeigt, dass vorhandene Hinweise und Verdachtsmomente, die von Mitarbeitern geäußert worden waren, nicht ernst genommen wurden und diese Mitarbeiter, die versuchten, Kontrollen auszulösen, häufig noch negativen Reaktionen ausgesetzt waren. Dies schwächt nicht nur auf Dauer die Motivation der ehrlichen Mitarbeiter in der Verwaltung, sondern ermöglicht den Tätern, ihre Selbstbereicherung über Jahre zu verschleiern und das Recht zu missachten. Dabei zeigt sich weiter, dass die Täter gerade die leistungsstarken Amtsträger sind, die Vertrauen genießen und die Macht haben, Vorgänge abzuschotten. Für „whistleblower“ oder Hinweisgeber müssen daher dringend Schutzkonzepte entwickelt werden.

Problembewusstsein schaffen

Die bisherigen Erfahrungen bei der Aufdeckung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung zeigen deutlich die nicht vorhandene Sensibilität für Korruptionsrisiken sowie Neigungen, Korruptionsverdacht nicht ernst zu nehmen und die Aufdeckung von Verdachtsfällen eher zu erschweren („in unserer Behörde gibt es keine Korruption“). Häufig werden Präventionsmaßnahmen zwar propagiert, aber nicht umgesetzt und nicht „gelebt“.

Die Überprüfung der Wirkung von Präventionsmaßnahmen muss vorangetrieben werden. Dabei muss es vorrangig um eine Intensivierung von Kontrolle gehen. Als sehr vielversprechend zur Aufdeckung und Prävention scheint daher die Einrichtung von sogenannten Ombudsleuten oder

Vertrauensleuten in Verwaltungen und Unternehmen, an die auch anonym Hinweise erfolgen können.

Effektive Bekämpfung

Darüber hinaus muss die Aufdeckung durch geschulte und relativ unabhängig arbeitende Anti-Korruptions-Stellen unterstützt werden. Es muss Hinweispflichten an die Staatsanwaltschaften geben, da sich bisher nur die strafrechtliche Verfolgung als tatsächlich effektiv erwiesen hat. Wenn Verwaltungen und Unternehmen bereit sind, über veränderte Strukturen zur Korruptionsprävention nachzudenken, dann erfolgt dies regelmäßig nach strafrechtlichen Ermittlungen. Ein sehr wirksames Mittel könnte der konsequente Einsatz von Vergabesperrn in Form eines bundesweiten Anti-Korruptions-Registers sein.

Die Strafverfolgung muss intensiviert und besser organisiert werden und eine effiziente Antwort auf schädliche Korruptionsstrukturen geben. Stichworte sind hier: Zentralstellen, angemessene personelle Ausstattung, Schulung, Vernetzung, Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften, Telefonüberwachung, sowie verbesserte Gewinnabschöpfung.

Mit diesen Bekämpfungsvorschlägen aus dem Forschungsprojekt leitete Frau Prof. Bannenberg auf den Vortrag von Oberstaatsanwalt *Schaupensteiner* über. In seinen Ausführungen, mit dem Titel:

„Wachstumsbranche Korruption: 10 Gebote der Korruptionsbekämpfung“ fasste er seine Bekämpfungsansätze in Form von 10 Geboten als Grundlage eines umfassenden Anti-Korruptions-Programms zusammen.

Diese Vorschläge haben zum Ziel, unzuverlässige Unternehmen bundesweit vom öffentlichen Wettbewerb auszusperrn und in einem Register zu erfassen. Neben der Einführung eines Unternehmensstrafrechts in Form eines eigenständigen Sanktionssystems gegen juristische Personen und einer „Fünf-Jahres-Sperre“, - solange soll nach Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst jede geschäftliche Beziehung zu Unternehmen untersagt sein, mit denen der Amtsträger vorher näher befasst war - schlägt *Schaupensteiner* vor, die Abgeordnetenbestechung auf alle wesentlichen Felder politischer Betätigung auszudehnen und die Angestelltenbestechung auf Selbständige und Freiberufler zu erweitern. Des weiteren plädiert er für eine konse-

quentere Gewinnabschöpfung, damit Korruptionsstraftaten sich nicht lohnen. Telefonüberwachung, auch für Bestechungsdelikte, „Kleine Kronzeugenregelung“ sind neben der Einrichtung ländergestützter Zentralstellen zur Korruptionsbekämpfung weitere unabdingbare Forderungen. Darüber hinaus tritt er für mehr Transparenz, (Transparenz ist der Todfeind der Korruption) und mehr vertrauensstiftende Maßnahmen ein. So schlägt er die Einführung eines Vertrauensanwaltes für Bürger und Selbststeller (Landesombudsmann) vor.

Prävention an erster Stelle

Nach Meinung *Schaupensteiners* ist die anhaltende weltweite Korruptionskonjunktur bis nach Deutschland gedrungen, da als förderliche Aufwendungen Bestechung nach verbreiteter Überzeugung zum freien und erfolgreichen Wirtschaften gehört. In der Verbesserung der Kontrollen liegt für *Schaupensteiner* das Schwergewicht der Korruptionsbekämpfung eindeutig auf der Prävention. Firmen mit zertifizierten Antikorruptions-Konzeptionen könnten Bonuspunkte bei der Ausschreibung erhalten.

Das Tätigkeitsfeld einer Nichtregierungsorganisation

Die Sichtweise einer Nicht-Regierungsorganisation zur Korruption trug Dr. *Elshorst* von „Transparency International“(TI) vor. Die Auswirkung von Korruption in den Feldern Umwelt, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, das sind die Bereiche, in denen die Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organizations, NGO) nach den Worten *Elshorsts* im allgemeinen tätig sind.

Die Haupttätigkeitsfelder von Transparency International (TI) sind Korruption im internationalen Geschäftsverkehr und im politischen Bereich. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die öffentliche Toleranz sind neben dem Stellenwert der Bereicherung und der Wettbewerbssituation wesentliche Faktoren, die Korruption international begünstigen.

Um Korruption erfolgreich zu einem wichtigen politischen Thema zu machen, sind Glaubwürdigkeit und Transparenz von zentraler Bedeutung. Hier ist *Elshorst* durchaus optimistisch, da seiner Meinung nach sich das Bewusstsein in der Bevölkerung geändert hat.

Nach *Elshorsts* Worten liegt die Zunahme der Korruption in der defizitären Reputation des Staates. Deshalb tragen seiner

Meinung nach „die Wiederentdeckung des Staates“ sowie die Chancen für neue Allianzen zwischen öffentlichem Bereich und Nichtregierungsorganisationen wesentlich zur Eindämmung der Korruption bei.

Finanzmarkt und Kriminalität

Das war der dritte Themenblock der Herbsttagung. Hier stand die Börse im Mittelpunkt. Mit seinem Vortrag „Tatort Börse?“ gab *Klaus-Dieter Benner* einen Überblick über das aktuelle Börsengeschehen.

Wachsender Vertrauensverlust, schädlich für die Volkswirtschaft

Wesentliches Wettbewerbskriterium im internationalen (EU-weiten) Börsengeschehen ist die Wirksamkeit des Schutzes des zu investierenden Kapitals. Ein Vertrauensverlust führt zur Verteuerung des Kapitalbedarfs. Ein gegen Manipulationen, insbesondere gegen den kriminellen Zugriff auf Investorenvermögen, wirksam geschützter Markt ist wesentliche Voraussetzung für die Realisierung der volkswirtschaftlichen Ziele.

Appell an die Gesetzgebung

Nach *Benners* Worten sind Defizite der Strafverfolgung in den Bereichen: Entdeckungswahrscheinlichkeit, Verurteilungswahrscheinlichkeit und Sanktionseffizienz derzeit zu erkennen. Der Ruf nach der Strafverfolgung ist seiner Meinung nach der richtige Weg. Wörtlich sagte er, dass es nicht sein kann, „dass sich die großen Gewinner der Spekulationsblase, die auch mit gezielten Falschinformationen reich geworden sind, neue Häuser bauen, während Rentner einen guten Teil ihrer Ersparnisse verloren haben“. Was spricht vor diesem Hintergrund gegen die Umsetzung der Anregungen zur Strafbarkeit juristischer Personen, so *Benner* weiter.

Zielrichtung der Gesetzgebung muss der Schutz des Investitionskapitals sein, um weiteren schweren Schaden vom Finanzplatz Deutschland abzuwenden.

Bewährungsprobe für die derzeitige Rechtskultur

Derzeit sind in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Strafprozesse gegen Verantwortliche ehemaliger „milliardenschwerer“ Unternehmen des Neuen Marktes anhängig. Deren Verlauf wird zeigen, ob die derzeitige Rechtskultur mit einer modernen kapitalmarktorientierten Volkswirtschaft vereinbar ist.

Aufsichtsrechtliche Regularien

Unter dem Titel: „Compliance - Aufsichtsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Kreditwirtschaft und ihrer Kunden gegen Wirtschaftskriminalität“ trug *Prof. Scherp* den aktuellen Stand der aufsichtsrechtlichen Regularien vor. Die Notwendigkeit solch umfangreicher Kontrollmaßnahmen ergibt sich aus der scheinbar nicht enden wollenden Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten und Skandalen am Kapitalmarkt. Mit seinen Ausführungen gab er einen Einblick in die Aufgabenvielfalt der Compliance-Abteilung einer deutschen Großbank.

Nach der Compliance-Richtlinie vom 2. Dez. 1998 bedeutet Compliance im engeren Sinn zunächst, dass Wertpapierdienstleistungsunternehmen verpflichtet sind, eine ihrer Struktur und Geschäftstätigkeit entsprechende Aufbau- und Ablauforganisation sowie die laufende Überwachung zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Im weiteren Sinne bedeutet Compliance, ein internes Qualitätsmanagement und Überwachungssystem zur Verfügung zu stellen, welches die Geschäftsdurchführung in Übereinstimmung mit gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Regularien sicherstellt. In Deutschland bedeutet dies in erster Linie die Einhaltung des Wertpapierhandelsgesetzes, in der Fassung vom 1.7.2002, sowie die Erfüllung von Vorschriften aus dem Kreditwesengesetz, dem Wertpapierübernahmegesetz, dem Börsengesetz in der Fassung des 4. Finanzmarktförderungsgesetzes vom 1.1.2002. Dazu gehören u. a. die Überwachung der Mitar-

beitergeschäfte und das Verbot von Insidergeschäften (§§ 14, 38 WpHG).

Aufgabenstellung der Compliance-Abteilung

Zur Einhaltung dieser Grundsätze überwacht die Compliance-Abteilung des Instituts im Rahmen intern erlassener Verhaltensregeln für Mitarbeiter und Mitarbeitergeschäfte das Mitarbeiterverhalten in den Handelsabteilungen und bemüht sich um die Vermeidung von Interessenskonflikten. Mit folgender, wie er sagte, prominenten Meinungsäußerung in der *Financial Times* vom 2. September 2002, Maßnahmen, nämlich „einen Zustand zu erreichen, in dem sich feststellen lässt: „Companies themselves are the best crime fighters“, rechtfertigte *Scherp* die notwendigerweise immer differenzierter werdenden Kontrollmaßnahmen im Bereich der Finanzdienstleistung.

Stimmungsbild der Kleinaktionäre

Mit dem Thema „Der „Tatort“ Börse“ zeichnete *Harald Petersen* ein Stimmungsbild der Kleinaktionäre oder Privataktionäre, die sich von 6,2 Millionen im Jahre 2000 auf 4,7 Millionen im Jahre 2002 verminderten.

Anlegerschutz ist Funktionsschutz gegen unmoralische bzw. rechtswidrige Vorgehensweisen an der Börse. Die derzeitige Haupttätigkeit der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre bezeichnete *Petersen* als „Seelenröster wirken“. „Saubere Spielregeln an der Börse“, das ist die Forderung des Kleinaktionärs, der in erster Linie an der Rückgabe seines Geldes interessiert ist, an der strafrechtlichen Verfolgung des „Täters“ hat er nur geringes Interesse.

Vertrauen muss zurückgewonnen werden

„Die mangelnde Glaubwürdigkeit der Wirtschaftsprüfer ist das Problem“, so *Petersen* weiter. Er hofft auf eine neue Generation der Kleinaktionäre, die „diese Ernüchterung am Neuen Markt“ nicht erleben mussten. Damit verbindet er die Hoffnung, dass Deutschland international noch eine Chance hat.

Den Themenblock „Börse“ beendete *Thomas Newkirk* mit der Schilderung aktueller Fälle der US-Börsenaufsicht.

Seine Ausführungen zu den neuen Regelungen der US-Regierung zur Bekämpfung von Finanzmanipulationen sind die Reaktionen der US-Gesetzgebung auf die Entwicklungen an den Finanzmärkten in Form von erhöhter Verantwortlichkeit und Haftbarkeit für Vorstandsmitglieder.

„Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Was ist das Testat eines Wirtschaftsprüfers noch wert?

Den Versuch, diese beiden Fragen einer Beantwortung näher zu bringen, unternahm eine Expertenrunde unter der Moderation von *Frank Lehmann* vom Hessischen Rundfunk. Als Diskussteilnehmer standen aus dem Bereich der Börsenaufsicht *Prof. Dr. Rüdiger von Rosen* vom Deutschen Aktieninstitut in Frankfurt am Main zur Verfügung. Mit *Dr. Burkhard Hense* war ein Vertreter der Wirtschaftsprüferkammer in der Runde. Die Belange der Unternehmen vertrat *Lutz Cauers* von der TUI AG in Hannover. Die Polizei war vertreten durch *Kriminaldirektor Limmer* vom Bayerischen Landeskriminalamt in München.

Zentrale Rolle der Wirtschaftsprüfer

Um das Vertrauen in die Kapitalmärkte, das durch die Konkurse prominenter Gesellschaften verlorengegangen ist, zurückzugewinnen, wurden verschiedene Maßnahmen zur Diskussion gestellt. Der Zweifel am Berufsstand des Wirtschaftsprüfers zog sich wie ein roter Faden durch die Gesprächsrunde. Die Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer obliegt in Fällen von geringer Schuld der Prüfkammer. *Dr. Hense* warnte vor der Tendenz der Verallgemeinerung der spektakulären Fälle. Seiner Meinung nach sind die Prüfungsberichte „noch nie so viel wert gewesen wie heute“, da sie wegen der öffentlichen Aufmerksamkeit ständig optimiert werden. Dies begründete er vor dem Hintergrund der ca. jährlich 15 000 von der Prüfkammer „überprüften“ und als ordnungsgemäß eingestuft Prüfberichte.

Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer

Im Mittelpunkt des „Streitgesprächs“ stand die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer. Dies kann nach Meinung von *Prof. von Rosen* dadurch geschehen, „dass Wirtschaftsprüfer grundsätzlich keine anderen Funktionen oder Beratungsdienstleistungen für von ihnen geprüfte Unternehmen erbringen dürfen, welche ihre Objektivität in Frage stellen“. Als Lösungsansatz könnte eine Rotation der Wirtschaftsprüfergesellschaften, etwa alle fünf Jahre, vorgeschlagen werden. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass das Know-how über Interna eines Unternehmens immer wieder neu aufgebaut werden muss.

Vorstand und Aufsichtsrat in der Verantwortung

Die Reformbedürftigkeit der Organisation der Wirtschaftsprüfung darf jedoch nicht

darüber hinwegtäuschen, dass für die Strategie und für die Geschäftsführung eines Unternehmens weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat verantwortlich bleiben. Diese haben auch zu gewährleisten, dass die Rechnungslegung die „wahre“ finanzielle Situation der Gesellschaft wiedergibt. Grundlage dafür ist eine intakte Corporate Governance.

Corporate Governance

Der Deutsche Corporate Kodex sieht dies bereits vor (Ziffer 5.3.): „Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sollte kein ehemaliges Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein.“ Der Abschlussprüfer hat bei börsennotierten Gesellschaften im Rahmen seiner Prüfung zu beurteilen, ob der Vorstand ein geeignetes Überwachungssystem eingerichtet hat und ob dieses System seine Aufgaben erfüllen kann. Anknüpfungspunkte zwischen Aufsichtsrat und Abschlussprüfer gibt es über den Vorstand in seiner Aufsichtsfunktion über die Tätigkeit der Innenrevision.

Qualifizierung der Wirtschaftsprüfer

KD Limmer mahnte an, dass Wirtschaftsprüfer in der Lage sein müssen, anhand eindeutiger Indikatoren, wie zum Beispiel bei der Firma Flowtex (nicht existente Produkte), die drohende Insolvenz zu erkennen. *Lutz Cauers* von der TUI AG bedauerte in diesem Zusammenhang die wegen des internationalen Drucks verkürzte (von fünf auf vier Jahre) Ausbildungszeit der Wirtschaftsprüfer, mit der Konsequenz, dass letztlich die Qualität der Arbeit der Wirtschaftsprüfer darunter leidet. Seiner Meinung nach sollten die Verantwortlichen in Deutschland für die Beibehaltung der Ausbildungsstandards sowie für die Auf-

rechterhaltung des international anerkannten hohen Niveaus der Wirtschaftsprüfer plädieren, gerade nach den Ereignissen in den USA. Eine Stärkung der berufsständischen Aufsicht ist seiner Meinung nach aber unbedingt erforderlich.

Schaffung eines Aufsichtsgremiums

Eine Verstaatlichung der Revisionstätigkeit lehnte von Rosen wegen erheblicher Mehrkosten ab, ebenso den Aufbau einer Börsenpolizei nach US-Vorbild.

Erforderlich dagegen ist seiner Meinung nach die Schaffung eines unabhängigen Aufsichtsgremiums für Wirtschaftsprüfer, das auch wirksame Sanktionen verhängen kann. Diese Funktion könnte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) übertragen werden. „Die Zukunft wird es zeigen, ob in Deutschland eine staatliche Institution als Aufsichtsgremium etabliert werden wird, oder ob der Schwerpunkt verstärkt auf die Selbstreinigungskräfte der Wirtschaft zu legen sein wird“, so der Moderator *Lutz Lehmann*.

Noch kontrollieren Polizei und Staatsanwaltschaft die Kontrolleure.

Dringender Handlungsbedarf

In seinem Schlusswort fasste *Dr. Kersten* den Ablauf der Tagung unter dem Aspekt des notwendigen Handlungsbedarfs zusammen. Aus Sicht des BKA-Präsidenten kann die Strafverfolgung allein das Problem nicht bewältigen. Andere Bereiche, an der Spitze die Wirtschaft selbst, müssen in die Bekämpfung eintreten. In vielen Bereichen der Wirtschaftskriminalität sind verschiedene Behörden und Institutionen mit zum Teil parallelen Zuständigkeiten befasst. Diese Kräfte gilt es zu bündeln.

Als besonders wichtiges Anliegen nannte *Dr. Kersten* die Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen. Neben der Zusammenarbeit der Behörden ist ein intensiver Dialog mit Verbänden und Interessenvereinigungen der Wirtschaft notwendig. Die Konzepte der Früherkennung müssen dringend umgesetzt werden. Darüber hin-

aus ist die Ausbildung zu Experten ein vordringliches Anliegen. Die Vertrauenskrise in der Finanzwelt muss überwunden

werden. Von der Vorstellung, dass es sich nur um einzelne „Schwarze Schafe“ handelt, die unser Wirtschaftssystem gefähr-

den, müssen wir uns verabschieden. Es sind vielmehr Täter mit „Rang und Namen“ daran beteiligt.

Die Rechtsgrundlagen des Wegerechts im Spiegel der Rechtsprechung - Teil 2 -

von Prof. Dr. Dieter Müller, Bautzen

Teil 1 siehe Polzeispiegel 12/2002 - Fachteil Seite 255ff

Es kommt tatsächlich immer auf die jeweilige Verkehrslage und die aktuellen Straßenverhältnisse an, auf welche Weise dem Einsatzfahrzeug die freie Bahn verschafft werden muss (OLG Köln VRS 67, 295 ff.). So ist z. B. für ein vor einer LZA mit rotem Licht wartenden Kfz auch denkbar, dass das Rotlicht überfahren werden muss, um dem hinter diesem Kfz ankommenden Einsatzfahrzeug die freie Bahn verschaffen zu können. Der in dem Überfahren des Rotlichts liegende Verstoß gegen § 37 Abs. 2 Nr. 1 Satz 7 ist dann regelmäßig gem. § 16 OWiG gerechtfertigt und diese Rechtfertigung kann üblicherweise im regelmäßig eingeleiteten Bußgeldverfahren durch entsprechende Fotos oder Zeugenaussagen entlastend bewiesen werden.

Grundsätzlich muss sich ein anderer Verkehrsteilnehmer gegenüber einem Wegerechtsfahrzeug so verhalten, dass eine Behinderung des Einsatzfahrzeugs in jedem Fall ausgeschlossen ist (OLG Düsseldorf NZV 1992, S. 489). Erlaubt ist nach den gegebenen Verkehrsverhältnissen aber auch eine langsame Weiterfahrt (OLG Köln VRS

67, 295 ff.). Herrscht jedoch eine unklare Verkehrslage und kommen verschiedene Möglichkeiten für die Weiterfahrt des Einsatzfahrzeugs in Betracht, so sollten Fahrzeugführer sich auch auf diese Eventualitäten vorbereiten und notfalls warten (KG VM 1981, S. 87 f.).

Keineswegs darf dem Einsatzfahrzeug derart freie Bahn verschafft werden, dass dadurch andere Verkehrsteilnehmer geschädigt werden (KG VM 1989, S. 78 f.). In diesen Fällen muss eine Behinderung des Einsatzfahrzeugs allseits in Kauf genommen werden.

Falls es für einen Fahrzeugführer nicht sicher ist, ob er durch sein Fahrverhalten eine vor ihm liegende Kreuzung für das Einsatzfahrzeug blockiert, darf er nicht in den Kreuzungsbereich einfahren (OLG Düsseldorf NZV 1992, S. 489).

Hält ein Fahrzeugführer, nachdem er die Sondersignale wahrgenommen hat zunächst an, fährt dann aber trotzdem wieder los und es kommt zu einem Zusammenstoß mit dem Einsatzfahrzeug, liegt das Verschulden auf Seiten des insoweit inkonsequenten Fahrzeugführers (KG VM 1981, S. 87).

Bei mehrstreifigen Fahrbahnen für eine Fahrtrichtung wird diese Regelung ergänzt durch die Verpflichtung aus § 11 Abs. 2 (vgl. dazu die Erläuterungen zu dieser Regelung), den Polizei- und Hilfsfahrzeugen eine Rettungsgasse zu bilden.

Für Polizeifahrzeuge bildet Abs. 1 keine erschöpfende Regelung der Fälle, in denen der Weg freizumachen ist. Neben dieser Regelung sind weiterhin an spezielle Verkehrsteilnehmer gerichtete Einzelweisungen zulässig, deren Nichtbefolgen einen vorsätzlichen Verstoß gegen die Pflicht aus § 1 Abs. 2 darstellt, keinen Anderen mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu behindern (OLG Stuttgart VRS 61, 223 ff.).

Das Recht, die freie Bahn nutzen zu dürfen, ist an die Beachtung der auch für diese Fahrsituation geltenden Grundregeln aus § 1 Abs. 1 gebunden. Jedoch gilt der Vertrauensgrundsatz für Einsatzfahrer nicht uneingeschränkt. Einsatzfahrer müssen vielmehr im Verlauf ihrer Fahrt regelmäßig damit rechnen, dass andere Verkehrsteilnehmer entweder die Sondersignale nicht bzw. nicht rechtzeitig genug wahrnehmen (bzw. wahrnehmen können) oder dass sie fehlerhaft reagieren. Daraus

folgt, dass Einsatzfahrer „nicht blindlings oder auf gut Glück“ fahren dürfen (KG VRS 88, 321 ff.).

So hatte das KG einen Fall zu entscheiden, in dem der Einsatzfahrer offensichtlich darauf vertraute, dass auf einer seinen Fahrweg kreuzenden Straße mit mehreren Fahrstreifen in dessen Richtung die Fahrzeugführer auf allen parallel verlaufenden Fahrstreifen tatsächlich anhalten. In diesem falschen Vertrauen fuhr er mit einer Geschwindigkeit von 40 km/h in die für ihn mit rotem Licht an der LZA geregelten Vorfahrt in den Kreuzungsbereich hinein, in dem es dann zu einem Zusammenstoß kam. Das Gericht entschied auf ein erhebliches Verschulden des Einsatzfahrers an dem Unfall, weil er sich nicht genügend darüber vergewissert hatte, dass tatsächlich die Fahrzeuge auf allen Fahrstreifen seine Sondersignale wahrgenommen und ihr Fahrverhalten danach ausgerichtet hatten (KG VRS 100, 329 ff., auch zum Folgenden). Mit dem KG und der ständigen Rspr. ist daher zu fordern, dass Einsatzfahrer auf mittels LZA geregelten Kreuzungen

und in ihrer Fahrtrichtung geltendem Rotlicht erst dann von ihrem Wegerecht Gebrauch machen, wenn sie sich davon überzeugt haben (= sich Gewissheit darüber verschafft haben), dass die Sondersignale von den anderen Verkehrsteilnehmern auch tatsächlich wahrgenommen werden und in deren Verkehrsverhalten ein Rücktritt zugunsten des Einsatzfahrzeugs erkennbar ist. Daraus resultiert zwangsläufig ein Verhalten auf Seiten des Einsatzfahrers, sich in derartigen Fällen stets vorsichtig in den Kreuzungsbereich vorzutasten und sein Fahrzeug, falls erforderlich bis auf Schrittgeschwindigkeit abzubremesen.

Ein grob fahrlässiges Handeln ist auf Seiten des Einsatzfahrers stets dann gegeben, wenn er während einer Einsatzfahrt mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit in einen für ihn mittels roter LZA geregelten Kreuzungsbereich hinein fährt und trotz ausgeschalteten Einsatzhorns allein mit Blaulicht auf die Gewährung des Wegerechts vertraut (so offensichtlich geschehen durch einen Einsatzfahrer der Polizei, der mit einer Geschwindigkeit von mindestens

76 km/h einen Verkehrsunfall verursachte, OLG Nürnberg DAR 2000, S. 69).

Ist sich ein Wegerechtsfahrer nicht sicher darüber, ob ihm die anderen Verkehrsteilnehmer auch tatsächlich das Vorrecht einräumen, darf er in eine Kreuzung bei für ihn roter LZA nur mit Schrittgeschwindigkeit einfahren (KG VM 1982, S. 37).

Eine Sonderregelung zur Verpflichtung freie Bahn zu schaffen enthält die VwV-StVO zu § 35 Sonderrechte zu dessen Absätzen 1 und 5 unter II. für geschlossene Verbände mit Sonderrecht. Diese geschlossenen Verbände sollen Fahrzeugen, die gem. § 38 Abs. 1 mit blauem Blinklicht und Einsatzhorn fahren ausdrücklich auf ihre Sonderrechte als geschlossene Verbände zugunsten des Wegerechtsfahrzeugs verzichten. Diese Empfehlung ist verständlich, da geschlossene Verbände zumeist in weniger dringlichem Auftrag unterwegs sind als Einsatzfahrzeuge mit Blaulicht und Einsatzhorn.

Verwendung auch unbekannter nationalsozialistischer Kennzeichen strafbar

von Matthias Godulla, Landesgeschäftsführer der DPoIG Bayern, München

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat nun klargestellt, dass auch allgemein unbekannt nationalsozialistische Kennzeichen nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden dürfen. Es ist für eine Strafbarkeit nach § 86 a StGB nicht erforderlich, dass das Kennzeichen einen bestimmten Bekanntheitsgrad als Symbol einer verfassungswidrigen Organisation aufweisen muss.

Nach bisheriger Rechtsprechung der Oberlandesgerichte setzt die Strafbarkeit nach § 86 a StGB einen gewissen Bekanntheitsgrad des Kennzeichens als Symbol einer bestimmten, dem „Mann auf der Straße“ als solche bekannten verfassungswidrigen Organisation, voraus. Ein sich mit dieser Thematik befassendes Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts, das eine nicht exakte Nachbildung des Obergau-Arm-Dreiecks des BDM zum Gegenstand hatte, wurde vom Verfasser bereits im Polizeispiegel Nr. 06/02 als verfehlt kritisiert, weil es den Sinn und Zweck des § 86 a StGB verkennt.

Mit seiner Entscheidung hat der BGH auf Vorlage des Kammergerichts (Oberlandesgerichts) Berlin den Freispruch des Landgerichts Berlin zu Gunsten eines Angeklagten aufgehoben, der auf dem linken Jak-

kenärmel ein für jeden sichtbares gleichschenkeliges schwarzes Stoffdreieck mit Goldumrandung und dem Wort „Schlesien“ getragen hatte, das dem Hitler-Jugend-Kennzeichen zum Verwechseln ähnlich war.

Zur Begründung hat der BGH vor allem darauf abgestellt, dass § 86 a StGB eine Wiederbelebung von verfassungswidrigen Organisationen und der von ihnen verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele, auf die Kennzeichen als Symbole gerade hinweisen, verhindern will. Das Gesetz unterscheidet nicht nach dem Bekanntheitsgrad der Kennzeichen und der Organisationen. Im Interesse der Rechtssi-

cherheit ist dabei auch zu berücksichtigen, dass sich der Bekanntheitsgrad durch die Berichterstattung in den Medien schnell ändern kann. Der Wortlaut des § 86 a StGB gibt für die bisher vertretene einschränkende Auslegung nichts her. Nicht zuletzt auch wegen der Reaktionen im Ausland muss bereits der Anschein vermieden werden, in der Bundesrepublik Deutschland würden verfassungsfeindliche Bestrebungen geduldet.

Diese grundlegende Entscheidung des BGH ermöglicht der Polizei nun insoweit ein konsequentes Vorgehen gegen den Rechtsextremismus. (Beschluss vom 31.07.2002 3 StR 495/01)

Verkaufstalent im Blut?

Sie verfügen über eine sympathische Stimme, sind lernbereit und engagiert und sehen Verkaufen als Herausforderung an, dann verstärken Sie unser erfolgreiches Team in Ihrem Einzugsgebiet als

Anzeigenberater, z.B. für den Polizeispiegel

Wir sind Vertragsverlag der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), mediaS schröter verlag Wuppertal.
(auch als Nebenjob und für Vorruehändler)

Vorabinfo unter: 0202 - 5260052

